

## Pressespiegel 2021

Berichterstattung  
NOVOMATIC

Erstellt von **Group Marketing & Communications**

Datum **08.03.2021 / KW 09**



„www.leadersnet.at“, 08.03.2021

## **Novomatic gewinnt wichtigste Gaming-Auszeichnung Lateinamerikas**

NOVOMATIC gewinnt bei den SAGSE Awards 2020 in Buenos Aires die Auszeichnung für das „Beste elektronische Roulette“ sowie den „Besten Land-based Progressive Jackpot“.



Alan Burak (Veranstalter SAGSE Award) und Fabian Grous (General Manager NOVOMATIC Argentina)  
© Novomatic

Die SAGSE Awards sind die wichtigste Auszeichnung der lateinamerikanischen Gaming-Industrie und werden jährlich vergeben. Sie basieren auf dem Votum einer unabhängigen Branchenjury von über 2.500 Kunden und Branchenvertretern aus den unterschiedlichen Ländern der Region. 30 Kategorien umfassen die verschiedenen Branchensegmente, darunter Land-based und Online-Gaming, Lotterien sowie weitere Branchenakteure wie Medien und Prüflabore. Die diesjährige Preisverleihung fand Ende Februar im Hipódromo Argentino de Palermo in Buenos Aires statt.

NOVOMATIC gehörte zu den stolzen Gewinnern mit Auszeichnungen für das "Beste elektronische Roulette" sowie dem Titel "Bester Land-based Progressive Jackpot" für den populären THUNDERCASH™ Linked Jackpot. Beides sind Favoriten sowohl bei den Spielern, als auch bei den Glücksspielbetreibern der gesamten lateinamerikanischen Region.

Alan Burak, Vizepräsident des Veranstalters der SAGSE Awards, betonte: „Die SAGSE Awards 2020 würdigen jene Unternehmen, die im Vorjahr herausragend zur Erholung der Branche beigetragen haben. Die gesamte Gaming-Industrie hat ihre Stärke und Anpassungsfähigkeit bewiesen, die auf sozialer Verantwortung, Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen und vor allem auf Innovation in jeder Hinsicht beruhen. Das wird auch weiterhin der Schlüssel zum Erfolg für die Hauptakteure der Branche sein.“

„Profil“, 08.03.2021

# Nie mehr Las Vegas

Die Regierung verspricht strengeren Spielschutz – an Glücksspielautomaten und online. Die Messlatte für Türkis-Grün haben Fachexperten im Finanzministerium hoch gelegt: In einem Papier formulieren sie weitreichende Vorschläge.

VON JAKOB WINTER

**G**lücksspielunternehmen hatten es schon einmal leichter. Vorbei die Zeiten, in denen Finanzstaatssekretäre zur internationalen Glücksspielmesse in London flogen, Gaming-CEOs jovial mit Mitarbeitern aus dem Finanzministerium chatteten und Parteien kein Problem damit hatten, wenn führende Politiker Aufsichtsräte oder Vorstände von Glücksspielkonzernen waren.

Spätestens seit der Ibiza-Affäre will im politischen Betrieb niemand mehr bei der Glücksspielindustrie anstreifen. Und Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) ist bemüht, seine in Chatnachrichten dokumentierte Nähe zum früheren Novomatic-Chef auszugleichen. Dieses Zeitfenster nutzten die grundsätzlich glücksspielskeptischen Grünen. Und verständigten sich vor einhalb Wochen mit dem Koalitionspartner darauf, das Glücksspielgesetz zu verschärfen und pathologische Spieler besser zu schützen. Die Gaming-Branche ist gewarnt, fürchtet Gewinneinbußen und lobbyiert im Hintergrund für ihre Interessen (siehe Kasten).

Die geplanten Spielerschutzmaßnahmen von Türkis-Grün sind bisher nur in Grundzügen bekannt. In welche Richtung die Novelle des Glücksspielgesetzes gehen könnte, zeigt ein internes Papier aus dem Finanzministerium, das profil vorliegt: Darin listete die Stabsstelle Spielerschutz bereits vor eineinhalb Jahren weitreichende Gesetzesverschärfungen auf – wird sich die Koalition daran orientieren?

In der türkis-grünen Punktation ist vom „hohen Suchtpotential des Glücksspiels“ und vom „ernstzunehmenden Gesundheitsrisiko“ die Rede. Die Regierung will deshalb eine „Einschränkung des Automatenglücksspiels durch Beschränkung von Einsätzen, Nettoverlust und -gewinn und Spieldauer“. Konkrete Zahlen zu maximalen Einsätzen und Verlusten: offen.

Derzeit können Spieler an den Geräten in Automatensalons mit einem Drücker bis zu zehn Euro verspielen, dafür winken 10.000 Euro als Maximalgewinn. Ein Spiel muss laut Gesetz mindestens eine Sekunde



## SICHER SPIELEN?

Die Regierung plant eine gesetzliche Verlustgrenze. Wie hoch sie sein wird, ist offen.

dauern, einen gesetzlich definierten Maximalverlust gibt es nicht. Suchtexperten kritisieren seit Jahren das hohe Abhängigkeitspotenzial der rasanten Spielabfolge.

Die Koalitionspartner müssten eigentlich nur die Abteilung I/SP im Finanzministerium fragen, die Stabsstelle für Spielerschutz – dort hat man sich bereits vor eineinhalb Jahren Gedanken zu Schutzmaßnahmen gemacht. Anlass dafür war ein Antrag der NEOS im Nationalrat vom September 2019. Der damalige Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) beauftragte die Spielerschutz-Stabsstelle mit einer Einschätzung, was aus fachlicher Sicht von den NEOS-Forderungen zu halten ist.

In der sogenannten „HBM-Info“ (Herr Bundesminister, Anm.), die profil vorliegt, finden sich weitreichende Vorschläge: „Eine Erhöhung der Mindestspieldauer pro Spiel auf 5 Sekunden wird als sinnvoll er-

achtet“, schreibt die Stabsstelle. Das wäre eine Verfünfachung der derzeitigen Spieldauer. Begründung der Stabsstelle: „Nach dem derzeitigen Forschungsstand erhöht eine schnelle Spielabfolge und ein reflexartiges Drücken der Spieltaste durch kurze Spieldauer das Gefährdungspotential von Spielen.“

Die Spielerschutzstelle „begrüßt“ auch eine „maximale Tagesspieldauer von höchstens 3 Stunden je Spielteilnehmer innerhalb von 24 Stunden“ in Automatensalons. In Oberösterreich gilt diese Regelung bereits, in den übrigen vier Bundesländern, die Automatenglücksspiel erlauben (Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Steiermark), gibt es keine Begrenzung. In der aktuellen Punktation der Bundesregierung findet sich dazu nichts.

Die – von Türkis-Grün geplante – Senkung des Maximaleinsatzes pro Spiel auf zehn

Euro lehnen die Spielerschützer im Finanzressort allerdings ab: Nach derzeitigem Forschungsstand gebe es „kaum bis keine Evidenz“ zur positiven Wirkung einer „betragsmäßigen Verringerung maximaler Einsatzmöglichkeiten pro Spiel“. Stattdessen befürwortet die Stabsstelle eine „verpflichtende Selbstlimitierung (monetär und zeitlich)“. Soll heißen: Jeder Spieler sollte bei der Registrierung verpflichtet werden, ein individuelles Verlustlimit festzulegen, das an seine finanzielle Situation angepasst ist. Ein solches „Pre-Commitment-System“ habe sich in Studien als zielführend erwiesen. Als zusätzliche Schutzmaßnahme „könnten maximale Obergrenzen für Verluste in einem definierten Zeitraum (pro Tag, pro Woche oder pro Monat) gesetzlich verankert werden“. Wie hoch diese Grenzen sein sollten, führt die Spielerschutzstelle nicht aus.

Positiv äußert sich die Stabsstelle zum Einziehen einer maximalen Gewinnobergrenze beim Automatenglücksspiel. Die NEOS hatten in ihrem Antrag 2019 einen Maximalgewinn von 600 Euro pro Stunde gefordert.

Die Spielerschutzstelle geht jedenfalls weiter als die türkisch-grüne Piktation: Die Experten schlagen „flächendeckendes Mystery Shopping“ der Behörden in Spielhallen vor, also Undercover-Testspiele von Beamten in Zivil, um zu kontrollieren, ob die Betreiber die Auflagen einhalten – in der Vergangenheit war das nicht immer der Fall.

Und schließlich schreibt die Stelle, es gebe „aus Spielerschutzsicht keine fachliche Argumentation, warum Glücksspielautomaten in Spielbanken weniger hohe Spielerschutzstandards haben sollten als außerhalb“. Noch gelten unterschiedliche Regeln: In den Spielbanken der Casinos Austria stehen Automaten, an denen pro Drücker um bis zu 1000 Euro gespielt werden kann. Die teilstaatlichen Casinos verdienen an sogenannten High Rollern – Spielern mit extrem hohen Einsätzen – einen beträchtlichen Teil ihres Gewinns.

Warum die ÖVP-FPÖ-Koalition damals keinen einzigen Vorschlag der Spielerschutzstelle im Finanzministerium aufgegriffen hat? Unbekannt. Interessant wird, wie weit sich Türkis-Grün an den Empfehlungen der Spielerschutzstelle orientiert.

„Die Regierung kann jetzt beweisen, dass sie nicht in der Schuld der Glücksspiellobby steht. Dafür muss sie das kleine Glücksspiel wieder zu einem solchen machen“, sagt NEOS-Abgeordnete Stephanie Krisper, die den Spielerschutz-Antrag 2019 im Nationalrat einbrachte. Ihre Forderung

## Viele Verlierer

Die geplante Glücksspiel-Novelle von Türkis-Grün würde einige Branchen größten treffen. Maximale Verlustgrenzen pro Spieler würden die Umsätze aller Betreiber von Glücksspielautomaten drücken, darunter auch die der Novomatic.

Die Casinos Austria AG (CASAG) hält derzeit die einzige Bundeslizenz für Video-Lottery-Terminals (VLTs) – die Regierung will sie ersatzlos streichen. Betroffen davon wären an die 862 Automaten, die in ganz Österreich in „WinWin“-Lokalen stehen, 150 davon auch im Wiener Prater – denn mit ihrer Bundeskonzession können die Casinos das Verbot des kleinen Glücksspiels in Wien umgehen.

Mehr Freude haben die teilstaatlichen Casinos mit einem anderen Regierungsplan: Mittels IP-Blocking sollen Websites illegaler Online-Casinos für österreichische User gesperrt werden. Die einzige Lizenz für Online-Glücksspiel hält die CASAG-Tochter win2day. Tatsächlich kontrollieren lizenzlose Anbieter aber 70 Prozent des österreichischen Online-marktes. Win2day wäre als einziger verbleibender Player ein Profiteur des Blockings.

Betroffen von der Online-Sperre wären Anbieter wie bwin oder Mr. Green, die zwar legale Online-Sportwetten anbieten, aber für ihre Online-Casinos nur eine Lizenz in Ländern wie Malta und Gibraltar haben – sie berufen sich auf die EU-Dienstleistungsfreiheit und meinen, ihre Dienste auch in Österreich anbieten zu dürfen. Die ÖVWG, die Vereinigung für Wetten und Glücksspiel, vertritt die Interessen dieser Unternehmen. ÖVWG-Präsident Claus Retschitzegger, der für bet-at-home arbeitet, zu profil: „Unsere Mitgliedsunternehmen investieren jährlich knapp 100 Millionen Euro in Marketing, insbesondere in den Sport – vom Skiweltcup bis zu den Fußballclubs. Das könnten wir uns dauerhaft nur mit einem Casinoprodukt leisten.“ Die Vereinigung verwende nun „die ganze Energie in Überzeugungsarbeit“. Wohl vor allem bei den Werbepartnern. Das Kalkül der Lobbyingaktivitäten: In den Sportverbänden sitzen viele politische Entscheidungsträger. Die ÖVWG will, dass mehrere Lizenzen für Online-Gaming ausgeschrieben werden.

Die Grünen erteilten dieser Forderung aber bereits eine Absage.

für den Maximaleinsatz an Automaten: 30 Cent pro Spiel.

Auf einen genauen Maximaleinsatz will sich die grüne Verhandlungsführerin Nina Tomaselli noch nicht festlegen. Nur so viel: „Die Spieleinsätze müssen deutlich runter, weil wir den potenziellen Verlust verkleinern wollen.“ Auch wenn es die Spielerschutzstelle anders sieht. Einen Richtwert nennt Tomaselli dann doch: „In Deutschland gilt pro Stunde und Automat ein Maximalverlust von 144 Euro.“ Eine Kampf-ansage.

Fix kommen soll jedenfalls ein Sperrverbund – Glücksspielunternehmen müssten künftig die Daten ihrer Spieler, die wegen übermäßigen Zockens gesperrt wurden oder sich selbst sperren ließen, an eine Datenbank des Bundes melden. Ein Spieler, der bei einem Unternehmen gesperrt ist, könnte dann bei keinem anderen

Konzessionär mehr spielen. Laut profil-Infos könnte diese Sperrdatenbank bei der Gesundheit Österreich GmbH (GÖG) angesiedelt werden, die dem Gesundheitsministerium untersteht.

Neu ist die Idee nicht – sie steht seit zehn Jahren im Gesetz, wurde aber nie umgesetzt. Ein Schicksal, das die Sperrdatenbank mit vielen anderen Spielerschutzmaßnahmen teilt. ■



**JAKOB WINTER**

spielt lieber mit Freunden Karten – als an Automaten. Alle zwei Jahre gibt er einen Lottotipp ab, erfolglos. Vom Suchtpotenzial der Walzengeräte überzeugte er sich bei Recherchen in illegalen Spielhöhlen. Die Nähe der Glücksspielbranche zur Politik dokumentierte er in zahlreichen Geschichten für profil.

„Standard“, 06.03.2021

## Die Kunst des Frühstückens

Also, sagen wir, du bist eine Dame der Wiener Gesellschaft, freundlich, gut im Organisieren, mit langjähriger Erfahrung in PR-Fragen – und dann stehst du auf einmal vor dem Ibiza-Untersuchungsausschuss und wirst so *agassante* Sachen gefragt, ob du, Gabriela Spiegelfeld, eine „Spendenkeilerin“ für den Kurz warst.

Nein, du hast einfach die Leute zusammengebracht. So Frühstücke im Sacher halt, mit „Entscheidungsträgern“, weil du so viele kennst. Und da hat der Sebastian halt über „Standort“ geredet oder „Nachhaltigkeit“, und man hat sich ausgetauscht. Ja, der und der waren auch dabei. Auch im Wahlkampf. Aber Spenden, nein. „Ich bin nicht mit einem Klingelbeutel oder einer türkisen Schuhschach-

tel herumgelaufen und hab gesagt: Legt etwas hinein!“

Und das ist absolut glaubwürdig, weil so läuft das nicht. Das läuft so, dass es halt diese Treffen gibt, und danach sagt der Oberboss zu seinem Adlatus: „Da lassen wir uns was einfallen.“ (Zitat aus Novomatic-SMS)

Oder: Du, Stefan Steiner, bist der engste Berater von Sebastian Kurz, jetzt als Freiberufler, auf

### RAU

sehr üppiger Honorarbasis. (Wer zahlt? Aussage verweigert.) Ja, und im Wahlkampf 2017 hat Kurz viele (auch vermögende) „Menschen begeistert, darunter auch solche, die gespendet haben“. Aber sie durften dafür kein Entgegenkommen erwarten. Posten? Ja, aber nur, wenn die Qualifikation stimmt.

*Austria is a too small country ...*

„Standard“, 06.03.2021

# Automaten-Sorgen bei Casinos

Das geplante Aus für die Automaten der Casinos Austria würde den teilstaatlichen Konzern hart treffen. Die Fortführung der zwölf Spielbanken könnte dann neu bewertet werden.

Eigentlich gilt Bettina Glatz-Kremsner nicht gerade schlecht vernetzt – vor allem in der ÖVP, deren Vizechefin sie bis 2019 war. Doch derzeit wird sie nicht in die politischen Vorgänge involviert, sagte die Vorstandsvorsitzende der Casinos Austria AG (Casag). Das ist insofern für das Unternehmen betrüblich, als eine geplante Gesetzesänderung massive Einbußen bringen würde.

Türkis-Grün hat sich nämlich vergangene Woche auf einige Beschränkungen des Glücksspiels geeinigt – neben den Ausgliederungen der Agenden aus dem Finanzministerium in eine unabhängige Behörde. Das hat auch mehr oder weniger damit zu tun, dass Ressortchef Gernot Blümel (ÖVP) wegen Kontakten zur Novomatic als Beschuldigter geführt wird. Für die Casinos wichtiger ist aber ein anderer Punkt: Die Automatenhallen des teilstaatlichen Unternehmens sollen laut Ministerratsbeschluss die Pforten schließen.

Die Casag-Tochter Lotterien verfügt über eine Lizenz, zu der auch sogenannte Video Lottery Terminals (VLT) zählen, von denen derzeit 862 Stück aufgestellt sind. Diese Automaten befinden sich auch in den Bundesländern, in denen das sogenannte kleine Glücksspiel nicht erlaubt ist – beispielsweise in Wien. Glatz-Kremsner beziffert den Umsatz der VLTs in 21 Spielstätten mit

45 Millionen Euro. Warum diese Geräte ausgesondert werden sollen, aber die 4200 von den Bundesländern bewilligten Automaten überleben sollen, versteht die Casinos-Chefin nicht. Was Glatz-Kremsner nicht anspricht, aber allgemein bekannt ist: Platzhirsch bei den Automaten ist Erzzivale Novomatic. Allein deren Tochter Admiral kommt auf rund die Hälfte dieser Geräte, die in fünf Bundesländern erlaubt sind. Lasse sich das VLT-Ende nicht vermeiden, müsse jedenfalls das Ende der Konzessionsfrist (30. September 2027) abgewartet werden, betont Glatz-Kremsner.

Unter den drohenden Einschränkungen – dazu zählen weitere Auflagen im Werdebereich sowie eine höhere Steuerbelastung – müssten auch die zwölf Casinos-Standorte überprüft werden. „Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dafür müssen gegeben sein“, meint Glatz-Kremsner. Grundsätzlich unterstütze sie aber die Intention der Regierung, den Spielerschutz zu stärken.

Ein nicht unbeachtliches Zuckerl beinhaltet die Reform freilich auch: Die Regierung will illegalen Online-Anbietern den Garaus machen. Nach österreichischem Recht hat nur die hauseigene Marke Win2day

eine Konzession. Allerdings sehen das mehrere Konkurrenten, die vom EU-Ausland aus operieren und dort zugelassen sind, anders. Jedenfalls möchten ÖVP und Grüne ein DNS-Blocking einführen. DNS steht für Domain Name Server. Vereinfacht gesagt müssten Internet-Provider einen Anbieter sperren, wenn dieser behördlich als illegal eingestuft wird. Das könnte natürlich Geschäft in Richtung Win2day umleiten. Obwohl formal Monopolist, wird der Marktanteil von Win2day auf nur 40 Prozent geschätzt.

## Insgesamt ein Gewinn

Jedenfalls dürfte das Geschäftsleben für Casinos Austria herausfordernd bleiben. In den letzten zwölf Monaten waren die Spielbanken während acht Monaten geschlossen, führte Glatz-Kremsner aus. Das Vorjahr brachte einen Verlust im höheren zweistelligen Millionenbereich für die Casinos, der allerdings dank Lotterien und Win2day ins positive Terrain gedreht werde.

Geholfen hat ein Sparprogramm, das die Casag innerhalb von acht Wochen erarbeitet habe. Damit würden 50 Millionen Euro an Kosten eingespart und der Personalstand um 500 Jobs Vollzeitjobs reduziert. Auf so ein Programm sei man nicht stolz, erklärte Glatz-Kremsner, es sei aber „ein notwendiger Schritt“. (as)



Foto: APA / Robert Jäger

Die Spielbanken der Casinos Austria mussten acht Monate die Pforten sperren. Dies zehrt am Ergebnis.

„www.casinoonline.de“, 05.03.2021

## **Novomatic gewinnt lateinamerikanischen SAGSE Award 2020 in zwei Kategorien**

Der österreichische Glücksspiel-Konzern Novomatic ist seit knapp 15 Jahren auch in Lateinamerika aktiv. Dort hat das Unternehmen mit dem SAGSE Award nun eine der wichtigsten Glücksspiel-Auszeichnungen erhalten. Wie Novomatic heute Morgen in einer [Pressemeldung](#) bekannt gegeben hat, sei der Konzern in zwei Kategorien mit dem Glücksspiel-Award ausgezeichnet worden.

Den ersten Preis habe es für das „Beste elektronische Roulette“ gegeben. Wie der lateinamerikanischen Berichterstattung zu entnehmen ist, sei vor allem Novomatics weltweit bekannte Software Novo Unity II ausschlaggebend gewesen. Hierbei handelt es sich um ein Multi-Game-System, über welches eine unbegrenzte Zahl von Spielgeräten für Live-Spiele, Tischspiele und Slots vernetzt werden kann.

Darüber hinaus hätten auch Novomatics Multi-Player-Spiel Lotus Roulette und das Single-Player-Spiel Pinball Roulette zum Erhalt der Auszeichnung beigetragen. Den zweiten Preis habe Novomatic in der Kategorie „Bester Land-based Progressive Jackpot“ erhalten. Konkret sei der Preis für Novomatics THUNDERCASH vergeben worden.

*Bei THUNDERCASH handelt es sich um einen sogenannten „Linked Progressive Slot“, den Novomatic Americas erstmals im April 2019 auf den Markt brachte. Die vernetzten Automaten beinhalten verschiedene progressive Jackpot-Spiele, darunter Emperor's China, Empress of the Pyramids und The Great Conqueror. Laut Novomatic sind die THUNDERCASH-Geräte vor allem in den Casinos in Nordamerika sehr erfolgreich, wo sie noch vor Europa ihren Markteintritt hatten.*

Bei Glücksspiel-Betreibern sowie bei Casino-Besuchern in der gesamten lateinamerikanischen Region sei Novomatics THUNDERCASH eines der beliebtesten Spiele.

### **SAGSE als wichtigste lateinamerikanische Auszeichnung**

Die SAGSE Awards gelten als die wichtigste Auszeichnung in der lateinamerikanischen Glücksspiel- und Gaming-Industrie. In diesem Jahr fand die Verleihung zum 29. Mal statt. Das Event wurde an der Rennstrecke Hipodromo de Palermo in der argentinischen Hauptstadt [Buenos Aires](#) abgehalten.

Insgesamt werden Glücksspiel- und Gaming-Unternehmen in 30 verschiedenen Kategorien ausgezeichnet. Die Entscheidung fällt eine unabhängige Branchenjury, bestehend aus 2.500 Kunden und Branchenvertretern aus den lateinamerikanischen Nationen.

Die diesjährige Veranstaltung fand unter dem Eindruck der Corona-Krise statt. Alan Burak, der Vizepräsident der Veranstalter, kommentiert:

“ Die SAGSE Awards 2020 würdigen jene Unternehmen, die im Vorjahr herausragend zur Erholung der Branche beigetragen haben. Die gesamte Gaming-Industrie hat ihre Stärke und Anpassungsfähigkeit bewiesen, die auf sozialer Verantwortung, Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen und vor allem auf Innovation in jeder Hinsicht beruhen.

“

Eigentlich hätte die Award-Verleihung im März 2020 stattfinden sollen. Aufgrund der beginnenden Pandemie wurde sie dann jedoch direkt um ein ganzes Jahr verschoben. Nichtsdestotrotz lief die Verleihung in diesem Jahr unter dem Titel „SAGSE Awards 2020“.

„www.isa-guide.de“, 05.03.2021

## NOVOMATIC gewinnt wichtigste Gaming-Auszeichnung Lateinamerikas

**NOVOMATIC gewinnt bei den SAGSE Awards 2020 in Buenos Aires die Auszeichnung für das „Beste elektronische Roulette“ sowie den „Besten Land-based Progressive Jackpot“.**

Gumpoldskirchen – Die SAGSE Awards sind die wichtigste Auszeichnung der lateinamerikanischen Gaming-Industrie und werden jährlich vergeben. Sie basieren auf dem Votum einer unabhängigen Branchenjury von über 2.500 Kunden und Branchenvertretern aus den unterschiedlichen Ländern der Region. 30 Kategorien umfassen die verschiedenen Branchensegmente, darunter Land-based und Online-Gaming, Lotterien sowie weitere Branchenakteure wie Medien und Prüflabore. Die diesjährige Preisverleihung fand Ende Februar im Hipódromo Argentino de Palermo in Buenos Aires statt.

NOVOMATIC gehörte zu den stolzen Gewinnern mit Auszeichnungen für das „Beste elektronische Roulette“ sowie dem Titel „Bester Land-based Progressive Jackpot“ für den populären THUNDERCASH™ Linked Jackpot. Beides sind Favoriten sowohl bei den Spielern, als auch bei den Glücksspielbetreibern der gesamten lateinamerikanischen Region.

Alan Burak, Vizepräsident des Veranstalters der SAGSE Awards, betonte: „Die SAGSE Awards 2020 würdigen jene Unternehmen, die im Vorjahr herausragend zur Erholung der Branche beigetragen haben. Die gesamte Gaming-Industrie hat ihre Stärke und Anpassungsfähigkeit bewiesen, die auf sozialer Verantwortung, Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen und vor allem auf Innovation in jeder Hinsicht beruhen. Das wird auch weiterhin der Schlüssel zum Erfolg für die Hauptakteure der Branche sein.“



Alan Burak (Veranstalter SAGSE Award) und Fabian Grous (General Manager NOVOMATIC Argentina). (Foto: Novomatic)

„www.gamblingnews.com“, 05.03.2021

# Playtech and Novomatic Americas Ink Strategic Partnership



## IN SUMMARY:

- Playtech announced a strategic partnership with Novomatic Americas on Thursday this week
- Under the agreement that builds upon an existing collaboration with Novomatic's owner NOVOMATIC AG, Playtech will supply its sports wagering kiosk systems through Novomatic ActionBook
- Following Playtech's entry into the regulated US market, the company continues to expand

*Playtech, the leading gambling technology company, announced a non-exclusive sports wagering agreement with Novomatic Americas. The agreement builds on existing collaboration between Playtech and Novomatic's owner, NOVOMATIC AG.*

## Playtech Inks Partnership with Novomatic Americas

Leading gambling technology company, Playtech announced a non-exclusive sports betting partnership with Novomatic Americas on Thursday. The agreement builds upon an existing long-term collaboration with Novomatic Americas' owner NOVOMATIC AG under which Playtech and NOVOMATIC jointly operate more than 10,000 kiosks worldwide.

Under the new strategic partnership, Playtech will deliver its sports wagering kiosk systems through **Novomatic ActionBook**, which is the most popular sports wagering kiosk on the US market. Furthermore, Novomatic Action Book is currently active in a total of 11 states and operates in 49 different locations in the United States.

Furthermore, the industry leaders DraftKings and Penn National Gaming are among the operators who are **already using Novomatic ActionBook**. Besides the sports wagering kiosk, the two companies are also going to market Playtech's **Mobile Sportsbook** and **Player Account Management (PAM)** software to potential clients.

## Novomatic to Solidify Its Presence in the US

In a statement, **Rick Meitzler**, President and CEO at Novomatic Americas said that Novomatic is pleased to grow its relationship with Playtech. Furthermore, he added that the company is looking forward to introducing Playtech's sports wagering solution to the Novomatic ActionBook.

According to Meitzler, with the help of Playtech's proven sports betting expertise in regulated markets, Novomatic ActionBook is going to cement its status as the most popular sports wagering kiosk in the US.

“

*We are pleased to grow our relationship with Playtech, and look forward to introducing their sports wagering solutions to the Novomatic ActionBook.”*

**Rick Meitzler, president and CEO at Novomatic Americas** —————

## Playtech Continues US Expansion

Playtech's US managing director, **Jonathan Doubilet** also shared his excitement. He said that the company is excited to extend its partnership with Novomatic to provide a complete sports wagering solution in multiple US states.

Furthermore, he said that the combined service is going to deliver a **best-in-class experience**. According to Doubilet, this is a prime example of Playtech's ability to partner with leading operators and increase its presence in the continuously growing US market.

Since Playtech entered the regulated market in the US last year, the company has been active to expand its presence. Currently, Playtech is already supplying its services for **Entain** and Bet365 in New Jersey. Furthermore, earlier this month, the company inked an agreement with **Parx Casino** in New Jersey, Michigan, Pennsylvania, and Indiana.

„Kurier“, 05.03.2021

## "Demokratie-Allianz" gegen ÖVP

Landtag. SPÖ lädt alle Parteien zu Gesprächen ein / Kein Grüne-Neos-Antrag zu Novomatic

Als SPÖ-Landespartei-**ch**ef Franz Schnabl und sein Klubobmann Reinhard Hundsmüller vor einigen Tagen nach einer Klausur ein Demokratiepaket verkündeten, wurde das von Beobachtern als eine dem Anlass geschuldete Ansage abgetan. Ohne viel Aussicht auf jegliche Art der Verwirklichung. In diese Richtung deutete auch die erste Reaktion der ÖVP hin, die auf die erst jüngst beschlossene neue Geschäftsordnung des Landtags verwies.

Das SPÖ-Führungsduo lässt allerdings nicht locker und hat jetzt mit allen Fraktionen Termine vereinbart, um über ein neues Demokratiepaket zu sprechen. Absolviert wurde bereits eine Runde mit den Neos, wobei Landtagsabgeordneter Helmut Hofer-Gruber mit Schnabl und Hundsmüller am Tisch saß. Die Aussendung danach wirkte sehr großspurig. "Demokratie soll in Niederösterreich künftig groß geschrieben und das Miteinander nicht nur gesprochen werden", ist da zu lesen. Im Visier natürlich die ÖVP, auch wenn sie in den geforderten Maßnahmen kaum explizit genannt wird. Zu den Forderungen zählen, dass Regierungsvorlagen nicht mehr überfallsartig eingebracht werden, dass die ÖVP mit sogenannten § -34-Anträgen die Anträge von anderen Parteien nicht zur Unkenntlichkeit

verwässern darf oder dass es zu einer Wahlreform kommen müsste.

Franz Schnabl und Reinhard Hundsmüller sprachen nach der ersten Runde von "konstruktiven Gesprächen". Und Helmut Hofer-Gruber bezeichnete Niederösterreich gar als ein "demokratiopolitisches Entwicklungsland".

Die nächsten Runden sind ebenfalls bereits fixiert. In der kommenden Woche wird die SPÖ-Führung mit den Grünen über das Demokratiepaket sprechen, danach sind die Freiheitlichen an der Reihe. Aus dem FPÖ-Klub heißt es, dass man viele Dinge besprechen müsste. Etwa auch die Prüfungskompetenz des Landesrechnungshofes in Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern.

Ob all diese Gespräche leere Runden waren, oder ob danach davon etwas umgesetzt wird, hängt wohl von der ÖVP ab. Dort hat man bereits ein Schreiben der SPÖ erhalten, einen Termin dürfte es aber noch nicht geben. Bei den Türkisen, die im Landtag die absolute Mehrheit stellen, gibt man sich gelassen. "Wir sind laufend zu vielen Themen und deshalb auch zu diesem im Austausch mit der SPÖ. Es geht darum, etwas für Niederösterreich weiterzubringen", heißt es aus dem ÖVP-Klub. Was sich für Beobachter so liest: Allzu euphorisch

sollten Franz Schnabl und Reinhard Hundsmüller nicht in dieses letzte Gespräch gehen.

Ihr Ziel haben die beiden so formuliert: "Diese Gesprächsreihe soll zu einem gemeinsamen Antrag für ein Demokratiepaket 2 führen." Dass man beim Thema Wahlreform bei der ÖVP auf Granit beißen werde, damit rechnet Hundsmüller bereits jetzt.

Als am Wochenende eine Liste veröffentlicht wurde, wohin Sponsorgelder des Glücksspielkonzerns Novomatic in Niederösterreich geflossen sind, wurde das nicht zum wirklich großen Aufreger. Von den Landtagsparteien reflektierten nur die Neos und die Grünen auf dieses Thema. Die Pinken mit einer Aussendung, in der sie Aufklärung forderten. Vor allem im Hinblick auf Unterstützungen in Wiener Neustadt. Die Grünen mit einem Brief an die Landesführung und einer Anfrage an die Landeshauptfrau.

Im Landtag wird das Thema dennoch nicht diskutiert werden, weil sich diese beiden Parteien im Vorfeld kaum darauf einigen werden, gemeinsam einen Antrag dazu zu stellen. Dazu wurde bereits abgewunken. Somit hat das Thema nur schwer eine Chance, auf die Tagesordnung einer Landtagssitzung zu kommen.

# „Wir leuchten jede finstere Ecke aus“

In der Regierung kooperieren die Grünen meist mit der ÖVP. Im Ibiza-U-Ausschuss will die grüne Fraktionschefin **Nina Tomaselli** hingegen alles über die früheren türkis-blauen Netzwerke wissen. Aus Koalitionsräsön weggeschaut wird dabei nicht, sagt sie

Von Renate Kromp; Fotos: Ricardo Herrgott

**AUF-, NICHT ZUDECKEN.**  
Nina Tomaselli, 35, startete ihre politische Arbeit 2010 mit der Gründung einer grünen Gemeindegruppe in Frastanz in Vorarlberg. Sie zog in den Gemeinderat ein, ab 2014 war sie Abgeordnete im Vorarlberger Landtag, seit 2019 sitzt sie im Nationalrat

**B**undeskanzler Kurz soll den Grünen im Ministerrat kürzlich gesagt haben, sie müssten sich entscheiden, ob sie Regierung oder Opposition sein wollen. Haben Sie sich entschieden?

Zwei Sachen gibt es mit den Grünen immer nur im Doppelpack, und das seit 35 Jahren: saubere Umwelt und saubere Politik. Die ÖVP wusste, wen sie sich in die Regierung holt. Und wir werden den Teufel tun und auch nur eine Sekunde wegschauen, wenn es Korruptionsvorwürfe gegen den Koalitionspartner gibt.

**Sie sind Fraktionsführerin der Grünen im Ibiza-U-Ausschuss. Gibt es da Versuche der ÖVP, den Koalitionspartner einzuhegen?**

Die ÖVP hat natürlich eine bestimmte Erwartungshaltung an die Grünen – das beruht im Übrigen auf Gegenseitigkeit. Aber wir lassen uns davon nicht beirren und leuchten im U-Ausschuss jede finstere Ecke aus. Wir haben ja auch schon zahlreiche Belege dafür gefunden, welches politische System unter Türkis-Blau geherrscht hat. Man wollte still und heimlich die Republik umbauen. Es hat ein System regiert, das vor allem den wohlhabenden Freundinnen und Freunden und Spenderinnen und Spendern gedient hat und weniger den Bedürfnissen der Bevölkerung. Das zeigen wir auf, ohne uns irgendein Blatt vor den Mund zu nehmen. Das ist auch das, was die Menschen von uns erwarten.

**Was hat Sie im U-Ausschuss bisher hinsichtlich der ÖVP am meisten überrascht?**

Wir sind letztes Jahr mit der Frage gestartet: „Können sich Reiche Gesetze kaufen?“ Dieser Vorwurf stand nach den Aussagen von Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus im Ibiza-Video im Raum. Erst die Ermittlungen zum Ibiza-Skandal haben uns die Möglichkeit verschafft, hinter

die Kulissen des türkis-blauen Systems zu blicken. Wir haben eine Fülle von Belegen für dieses heimliche Parallelsystem gefunden. Vor allem das Finanzministerium spielt eine wesentliche Rolle, etwa bei Privatisierungsplänen für das Bundesrechenzentrum – die „Operation Edelstein“ – oder fragwürdigen Immobilien-deals. Wir haben auch entdeckt, dass es die zunächst nur vermutete Nähe zwischen der türkis-blauen Regierung und der Versicherungswirtschaft wirklich gegeben hat und sie sich auch in Gesetzen niedergeschlagen hat. Man denke nur an den Privatklinikfonds und das geänderte Rücktrittsrecht bei den Lebensversicherungen. Und man sieht auch, wie die ÖBAG (österreichische Beteiligungsagentur) aus der Kontrol-

alles still und heimlich im Hinterzimmer zu machen.

**Wer waren die Nutznießer?**

Wir sind im U-Ausschuss gerade dabei, einzelne Ecken auszuleuchten. Es gibt eine Fülle von Hinweisen. Ein Nutznießer wäre René Benko, der durch einen Mietvertrag mit der BIG (Bundesimmobiliengesellschaft) die alte Postsparkasse um das 2,3-Fache aufwerten konnte. Schönes Geschäft für ihn, ohne viel tun zu müssen. Als er das Leiner-Gebäude auf der Mariahilfer Straße gekauft hat, wurde extra in den Weihnachtsferien das Bezirksgericht für den Grundbucheintrag geöffnet. Da frage ich mich: Gibt es noch andere Personen in diesem Staat, die so einen speziellen Bürgerservice bekommen würden?

**Mittlerweile richtet sich der**

„Wir werden den Teufel tun und auch nur eine Sekunde wegschauen, wenn es Korruptionsvorwürfe gegen die ÖVP gibt

“

le des Parlaments herausgeschält worden ist, wie der jetzige Chef bestellt wurde und wie dort Entscheidungen getroffen worden sind.

**Die ÖVP sagt zu Postenbesetzungen, dieses System habe es bei früheren Regierungen auch gegeben.**

Es ist völlig normal, dass Parteien in Regierung und Opposition versuchen, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, wie sie ihrer Meinung nach am ehesten dem Wohl der Bevölkerung dienen. Aber bei Türkis-Blau mussten wir leider feststellen, dass diese Pläne nie öffentlich gemacht worden sind. Es ging immer darum,

**Scheinwerfer des U-Ausschusses viel stärker auf die ÖVP als auf die FPÖ, deren Parteichef auf Ibiza schwadronierte. Zu Recht?**

Das Video hat den Stein ins Rollen gebracht. Es war der Anstoß für Ermittlungen. Nehmen wir den Fall Peter Sidlo und den Postenschacher bei den Casinos Austria. Wenige Tage nach dem Ibiza-Video ist dazu eine anonyme Anzeige bei der Staatsanwaltschaft eingetroffen, Ermittlungen haben begonnen und die SMS und WhatsApp-Nachrichten, die wir mittlerweile alle kennen, stammen aus diesen Ermittlungen. Aber das ist nur ein

Teil. Im U-Ausschuss beschäftigt uns immer wieder die Frage: Wer beeinflusst wen – das Glücksspiel die Politik oder die Politik das Glücksspiel? Dass dieser Bereich immer wieder bei Korruptionsvorwürfen auftaucht, ist für uns nicht ganz zufällig. Das Glücksspiel ist zu hundert Prozent auf den guten Willen der Politik angewiesen. Die Politik kann mit der Vergabe nur einer Lizenz den Profit eines Glücksspielkonzerns um Milliarden erhöhen. Daher bin ich auch froh, dass die Erkenntnisse des U-Ausschusses direkt in die politische Arbeit einfließen: Beim neuen Antiglücksspielpaket, auf das sich Grüne und ÖVP geeinigt haben, werden die drei noch offenen Casinolizenzen und die Bundeslizenz für Spielautomaten einfach gestrichen.

**Hat es diesen Beschluss beschleunigt, dass die ÖVP wegen einer Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel unter Druck steht?**

Dass die Glücksspielindustrie versucht, die Politik zu korrumpieren, wissen wir nicht erst seit zwei Wochen. Das ist ein jahrelanger Prozess. Was wir jetzt geschafft haben, ist, die richtigen Schlüsse zu ziehen. Bisher hat man in Österreich Spielerschutz gerne mit dem Kampf gegen das illegale Glücksspiel gleichgesetzt. Tatsächlich können Menschen aber auch von legalem Glücksspiel abhängig gemacht werden. Jetzt ist klargestellt: Glücksspiel ist ein Geschäft auf Kosten von Süchtigen, und Süchtige sind per definitionem kranke Menschen. Es wurde also bei Spielerschutz und Antikorruptionsmaßnahmen ein kompletter Paradigmenwechsel eingeläutet. Das freut uns.

**Die Frage war: Ging es bei der ÖVP jetzt schneller?**

Wir haben schon im Regierungsprogramm entsprechende Punkte skizziert. Etwa, dass die Glücksspielbehörde aus dem Finanzministerium aus-

gelagert werden soll. Aber für uns Grüne war das nicht genug. Wir wollten die Berührungspunkte zwischen Politik und Glücksspiel wirklich auf ein Minimum beschränken. Das heißt neben dem Auslagern der Glücksspielagenden, dass Aufsicht und Regulierung sowie die Lizenzvergabe völlig unabhängig sind. 2026, wenn die nächste Lizenzvergabe ansteht, wird erstmals ein richterlicher Senat entscheiden.

#### **Der nicht durch politische Parteien besetzt wird?**

Nein, das wird ein richterlicher Senat, der auf Grundlage von objektiven Kriterien entscheidet und nicht aufgrund einer Nähe oder Nichtnähe zu einem Unternehmen.

#### **Wie schwierig war es eigentlich für Sie, Gernot Blümel beim Misstrauensantrag im Parlament aus Koalitionsräsion das Vertrauen auszusprechen?**

Generell ist es in der Politik unerheblich, wie es mir persönlich mit einer Entscheidung geht. Es geht darum, wie es der Bevölkerung mit politischen Entscheidungen geht. Ich glaube, dass es im Moment wichtig für die Pandemiebekämpfung ist, dass die Regierungsgeschäfte mit ruhiger Hand weitergeführt werden. Wir sind mitten in einer Krise und noch längst nicht am Ende angelangt. Andererseits ist es auch so, und das ist mir wichtig zu betonen: Der Vorwurf, der gegen Gernot Blümel im Raum steht, und dass er als Beschuldigter geführt wird, ist die Sache von Blümel und die Sache der ÖVP. Ich werde die ÖVP und ihn an zwei Dingen messen: erstens, ob er es ernst meint mit seinem Versprechen, alles dafür zu tun, die Sachlage aufzuklären. Und zweitens, ob die ÖVP eben auch die richtigen Schlussfolgerungen zieht, damit Korruption in Zukunft gar nicht entstehen kann.

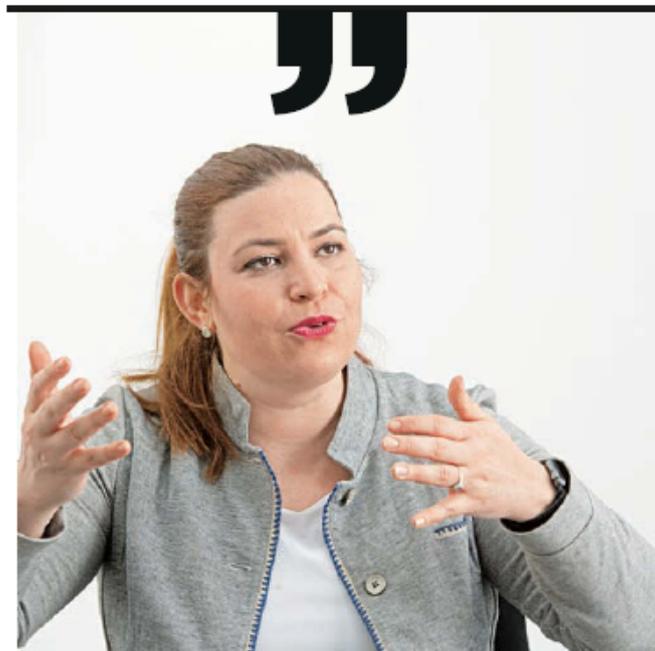
#### **Das entscheidet, ob die Suppe der Ermittlungen im Fall des Ministers aus Sicht**

#### **der Grünen dünn oder dick ist?**

Ich habe die Ermittlerinnen und Ermittler der WKStA, zu denen wir im U-Ausschuss natürlich einen besonderen Zugang haben, in ihrer Aktenarbeit und in ihren Aussagen vor dem Ausschuss als besonders standhafte Juristinnen und Juristen wahrgenommen, die sich in den Dienst der Republik stellen, um die Korruption in

WKStA und diese verqueren Reformvorschläge schlichtweg für Nebelgranaten, um von den eigenen Verfehlungen abzulenken und auch von den Verfehlungen der angesprochenen wohlhabenden Freundinnen und Freunde. Mir wäre es lieb, wenn alle einmal ein bisschen zur Ruhe kommen und die Ermittlerinnen und Ermittler ihre Arbeit machen lassen. Das bedeutet: Wenn ein Verdacht im

„Die ÖVP denkt wohl, Angriff ist die beste Verteidigung. Das Problem an der Strategie ist, dass sie ziemlich durchsichtig ist



diesem Land auszumerzen. Ich bin froh über ihre Arbeit.

#### **Die ÖVP hat massive Angriffe auf die WKStA gestartet und umstrittene Reformpläne für die Justiz in petto, wie etwa für Medien ein Zitierungsverbot aus Akten.**

Die ÖVP denkt wohl, Angriff ist die beste Verteidigung. Das Problem an dieser Strategie ist allerdings, dass sie ziemlich durchsichtig ist. Ich halte die Angriffe der ÖVP auf die

Raum steht, dann müssen sie Beweise sammeln, sowohl für die Schuld als auch für die Unschuld. Und noch einen Satz: Ich finde es gut, dass die WKStA eben keinen Unterschied macht, wer der Beschuldigte ist – ob das ein einfacher Bürger oder ein Wirtschaftsboss ist oder eben ein Regierungsmitglied. Das ist die Aufgabe der Justiz.

#### **Der U-Ausschuss bekommt auch SMS zwischen Strache**

#### **und Kurz geliefert. Welche neuen Erkenntnisse erwarten Sie daraus?**

Was wir schon wissen, ist, dass diese SMS keine strafrechtlich relevanten Sachverhalte beinhalten, da sie von der Staatsanwaltschaft nie zu einem Strafakt dazugenommen worden sind. Aber wir im U-Ausschuss klären ja nicht strafrechtlich relevante Dinge, das ist Aufgabe der Justiz. Wir schauen uns an, ob diese SMS politische Relevanz haben. Ich bin mir sicher, dass wir über diese SMS wieder einen neuen Einblick in die Regierungsgeschäfte von Türkis-Blau und noch mehr Hinweise bekommen, wie dieses System veruscht hat, heimlich und am Parlament vorbei die Republik umzubauen.

#### **Was soll eigentlich am Ende dieses Ibiza-Untersuchungsausschusses stehen? Welche Gesetze und Reformen müssen es mindestens sein?**

Das Antiglücksspielpaket haben wir ja gerade auf den Weg gebracht. Aber das ist mir als Parlamentarierin nicht genug. Wir müssen dieses Sittenbild, das bei Türkis-Blau geherrscht hat, diese Berührungspunkte zwischen Politik und den Wünschen der Freunde, Gönner und Spender auflösen. Etwa indem wir neue Regelungen zur Parteienfinanzierung aufstellen. Die sind gerade in Verhandlung zwischen allen Fraktionen des Parlaments.

#### **Die Regierung soll sich hier nicht einmischen?**

Wenn es nach mir geht, sollte das im besten Fall einstimmig im Parlament beschlossen werden. Es ist ja wichtig, dass sich alle in den Regeln wiederfinden und sie auch ernst nehmen. Ein weiterer Schritt sind Antikorruptionsmaßnahmen. Wir sehen durch die Ibiza-Affäre, dass das Strafrecht noch nicht alle Facetten der Korruption erfasst. Was auf Ibiza geschehen ist, fällt derzeit noch nicht unter das Strafrecht. Das muss man ändern,

weil auch die Anbahnungsschritte zur Korruption strafbar sein müssen. Es ist ein Irrglaube, dass Korruption nur darin besteht, dass ein Mensch eine Tasche voll Geld zu einem anderen trägt, das auch noch beurkundet und im besten Fall ein Foto gemacht wird.

**So klar ist es so gut wie nie.**

Diese Art von Korruptionsfällen gibt es nur im Bilderbuch. Deshalb müssen wir die Strafbarkeit an die Realität des politischen Geschäfts anpassen. Und als dritte Säule: Informationsfreiheit und Transparenz sind uns wichtig. Wir haben letzte Woche das Informationsfreiheitsgesetz auf den Weg gebracht. Es ordnet das Verhältnis zwischen Bürger und Staat neu und bringt auch bei ausgelagerten Unternehmen ganz neue Einschaurechte. Hier reicht jetzt eine staatliche

## „Wir müssen die Strafbarkeit der Korruption an die Realität des politischen Geschäfts anpassen



Beteiligung von 25 Prozent. Wenn das Informationsfreiheitsgesetz so kommt, dann haben wir es geschafft, Österreich von der internationalen Schmuddelliste auf Topniveau zu bringen.

**In der Slowakei erlangen öffentliche Aufträge erst Rechtskraft, wenn sie im Internet für alle einsehbar sind. Kommt das in Österreich auch?**

Nein, das wird bei uns nicht so sein. Wir haben den Weg

gewählt, dass jeder Bürger und jede Bürgerin sowie Medien das Recht auf Information haben, wenn sie danach fragen. Bei der Vergabe von öffentlichen Mitteln hingegen, insbesondere in politischen Bereichen wie bei der Parteienförderung, sollen ungefragte Transparenz und eine strenge Veröffentlichungspflicht herrschen. Der Rechnungshof muss bei Parteien Einschau in alle Unterlagen haben. Mir ist unverständlich, warum das bisher

noch nicht der Fall ist. **Haben Sie das Ibiza-Video eigentlich in voller Länge angesehen?**

Ganz ehrlich: hab ich nicht. Ich weiß, viele denken, das ist ein aufregender Kinofilm. Aber wir haben das akustisch nicht bearbeitete Material bekommen. Ich mich an jenes Transkript, das die Ermittler für ihre Arbeit erstellt haben. Dieses Video ist zwar Startpunkt für den U-Ausschuss, aber ich kann versichern, für unser tägliches Kontrollbusiness spielt es eine eher untergeordnete Rolle. Wir schauen uns an, ob das, was auf Ibiza gesagt wurde, nur besoffenes Geplänkel war oder die Wahrheit. Bisher wissen wir: Viele Ankündigungen, die Strache auf Ibiza gemacht hat, sind umgesetzt worden. Meistens nicht von ihm. Dafür viel professioneller. 

„www.derstandard.at“, 03.03.2021

## Wie die Hausdurchsuchung bei Gernot Blümel ablief

Ermittler fanden den von Blümel und seiner Frau benutzten Laptop zuerst nicht, weil diese ihn auf einen Spaziergang mitgenommen hatte

Den 11. Februar 2021 wird Finanzminister Gernot Blümel nicht so schnell vergessen. Es war der Tag, der die jetzige Verspannung zwischen der Kanzlerpartei ÖVP und der Justiz, besonders der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA), auslösen sollte – weil Letztere eine Hausdurchsuchung beim Finanzminister durchführen ließ. Aus Unterlagen aus dem Ermittlungsakt lässt sich nun ablesen, wie der Vormittag für den beschuldigten Minister abgelaufen sein dürfte: relativ kurz, wenngleich wahrscheinlich nicht ganz schmerzlos.

Um 8.36 Uhr kam Blümel mit seinem Anwalt Werner Suppan in die Räumlichkeiten der WKStA, um seinen Verfahrensstatus in der Causa Casinos zu klären. Zwei Tage zuvor war ein Aktenstück publik geworden, dem zufolge Blümel nun als Beschuldigter geführt werde. Ganz unerwartet dürfte das nicht gekommen sein: Suppan fragte schon Anfang Februar nach, ob Blümel Beschuldigter sei. Kurz zuvor war das besagte Aktenstück an den U-Ausschuss gegangen. Laut Suppan eine "Routineanfrage".

### "Durfte vorher noch meine Frau anrufen"

Nach einer kurzen Begrüßung kamen die Staatsanwälte am 11. Februar zur Sache und übergaben Blümel und seinem Anwalt die Anordnung zur Hausdurchsuchung und Sicherstellung. Nach diversen Fragen und Belehrungen über Beschuldigtenrechte übergab Blümel um 9.07 Uhr sein Handy plus Code für dessen Entsperrung. Danach besprachen sich Anwalt und Mandant, während Kriminalbeamte mit dem Handy zur Auswertung fuhren. Um 9.30 Uhr, nach Ausfolgung des Durchsuchungs- und Sicherstellungsprotokolls, war dieser Teil der Angelegenheit vorbei.

Wie Gernot Blümel das erlebt hat, schilderte er in einem Interview mit der "Kronen Zeitung": "Ich durfte vorher noch meine Frau anrufen, wir haben ja ein kleines Kind zu Hause, das hat geschlafen. Ich hab ihr gesagt, dass ich jetzt mit einigen freundlichen Menschen vorbeikomme. Meine Frau ist dann mit unserer Tochter spazieren gegangen."

Offensichtlich ging Blümels Frau mit Kind und Laptop spazieren, wie sich aus dem Bericht zur Hausdurchsuchung vom Bundesamt für Korruptionsbekämpfung (BAK) erschließt. Denn der von Blümel und seiner Frau gemeinsam benutzte Laptop konnte bei der Hausdurchsuchung zuerst nicht aufgefunden werden. Wie das gekommen sein soll: Um 9.43 Uhr sahen zwei Beamte, die bereits vor Blümels Wohnhaus postiert waren, Blümels Frau mitsamt dem Kind aus dem Haus gehen. "Die offensichtliche Mitnahme von einem Laptop wurde nicht wahrgenommen", heißt es in dem Protokoll.

### **Kabinettschef bringt Laptop**

Zu diesem Zeitpunkt sind Blümel und seine Begleiter von der Staatsanwaltschaft gerade zu Fuß auf dem Weg zu ihm nach Hause, um 9.50 Uhr treffen sie ein. Zwei Minuten später habe der Finanzminister die sichergestellten Gegenstände (zwei Tablets, vier USB-Sticks) freiwillig übergeben.

Das Macbook habe er aber nicht finden können. Über die Existenz des Geräts wussten Ermittler auch, weil Blümel selbst zuvor angegeben hatte, gemeinsam mit seiner Frau einen Laptop zu besitzen. In der Folge rief Blümel seine Frau mehrmals an. Nach einigen Malen erreicht er sie, offensichtlich in einem "öffentlichen Verkehrsmittel". Es wurde vereinbart, dass der Laptop "durch einen Mitarbeiter nach Abholung in einer Haltestelle zurück zur Wohnung gebracht wird".

Ungefähr eine halbe Stunde später war das Macbook da: Offenbar war Blümels Kabinettschef zur Hilfe geeilt. Aus dem Protokoll: "Um 10.36 Uhr wurde das Macbook dann durch Mag. Clemens-Wolfgang Niedrist in der Wohnung übergeben". Zu diesem Zeitpunkt war die Durchsuchung der Wohnung schon seit fünf Minuten beendet. Ende der Amtshandlung: 10.47 Uhr.

### **"Sehr fair und sehr höflich"**

Blümel selbst beschrieb die Hausdurchsuchung in der "Kronen Zeitung" so: "Obwohl das eine unangenehme Situation war, muss ich sagen, dass die Herrschaften sehr fair und sehr höflich waren." Wie berichtet legte Blümel auch keine Beschwerde gegen die Maßnahme ein. Vom Kanzler wurde die Hausdurchsuchung nicht so locker aufgenommen: Er warf der WKStA in der Folge "viele Verfehlungen" vor.

Zahlreiche andere ÖVP-Politiker wie Verfassungsministerin Karoline Edtstadler und Klubobmann August Wöginger rückten aus, um die Behörde zu kritisieren. Inzwischen wird wieder kalmiert: Die Politik habe ja nur angeboten, der Justiz "zu helfen", wie der Abgeordnete und Rechtsanwalt Klaus Furlinger am Sonntag in der ORF-Sendung "Im Zentrum" beteuerte.

## **Gleichzeitige Razzia bei Novomatic**

Auch bei der Novomatic waren die Ermittler am 11. Februar zum wiederholten Mal aufgetaucht. Am Firmensitz in Gumpoldskirchen meldeten sich um 9.30 Uhr insgesamt acht Leute beim Portier und übergaben den Führungskräften ihre Anordnung zur Hausdurchsuchung. Ungefähr eine Stunde später traf dann auch der Rechtsanwalt der Novomatic ein. Schon zuvor hatte der Leiter der Rechtsabteilung den Staatsanwälten mitgeteilt, dass die Novomatic bereit sei, "alles zu tun, um die Sache rasch aufzuklären". Das Interesse der Ermittler konzentrierte sich auf etwaige Geldflüsse an die ÖVP.

Bei einer schnellen ersten Durchsicht konnten die Ermittler allerdings keinen Treffer landen: Sie fanden drei Konten mit ÖVP-Bezug. Dabei ging es zwar auch um Zahlungen an die ÖVP-Landesparteileitung im Burgenland, allerdings aus dem Jahr 1999, von damals 9.500 Schilling, umgerechnet also 719 Euro. Bei der ÖVP Donaustadt ging es um Zahlungen zwischen 2002 und 2005, an die ÖVP-Frauen Mödling gab es je zwei Zahlungen 2001 (je 10.000 Schilling, umgerechnet 726 Euro) und 2015 (je 1.000 Euro).

## **Novomatic-Beschwerde gegen Hausdurchsuchung**

"Schon bei dieser Nachschau hat sich vor Ort gezeigt, dass es keinerlei Spende der Novomatic an irgendeine politische Partei gegeben hat. Von Anfang an klar war auch, dass die zur Begründung der Durchsuchungsanordnung genannten Vermutungen der WKStA in vielen Punkten unrichtig sind, insbesondere dass es keine Spende gab und sich der Kalendereintrag 'Kurz' auf Mag. Martina Kurz (und nicht Sebastian Kurz) bezieht", sagte Novomatic-Anwalt Michael Rohregger zum STANDARD. "All dies hätte sich auch durch bloße Nachfrage klären lassen, und es fehlt an jeglichen Verdachtsmomenten. Die Durchsuchung war daher unverhältnismäßig." Aus diesem Grund hat die Novomatic – im Unterschied zu Blümel – Beschwerde gegen die Hausdurchsuchung eingelegt.

Die Ermittler müssen nun mehrere Terabyte an sichergestellten Daten durchforsten. Deren Sicherstellung hat einige Zeit gedauert: Erst um 23.30 Uhr wurde die Maßnahme am Firmensitz beendet.

Zur Erinnerung: Ausgelöst wurden die Aktivitäten der WKStA durch eine Chatnachricht, die der damalige Novomatic-Chef Harald Neumann im Juli 2017 an Blümel geschrieben hatte. Er bat den damaligen nichtamtsführenden Wiener Stadtrat um ein Treffen mit dem damaligen Außenminister Sebastian Kurz wegen "1. Spende" und "2. Eines Problemes, das wir in Italien haben". Die WKStA ermittelt nun gegen Blümel und Neumann wegen des Verdachts auf Bestechung – es gilt die Unschuldsvermutung.

Die ÖVP bestreitet, dass die Bundespartei unter der Obmannschaft von Sebastian Kurz je Spenden aus der Glücksspielbranche erhalten habe. Gernot Blümel legte eine eidesstattige Erklärung vor, in der er dasselbe für die ÖVP Wien und bestimmte Vereine mit Bezug zu seiner Person ausschloss. Auch die Novomatic und Neumann bestreiten etwaige Spenden an die ÖVP geleistet zu haben. (Renate Graber, Fabian Schmid, 3.3.2021)

„NÖN“, 03.03.2021

# Novomatic wählt „objektiv aus“

**Sponsoring** | NÖ Glücksspielkonzern verteidigt die Unterstützung zahlreicher politiknaher Vereine.

Von **Walter Fahrnberger**  
und **Matthias Schranz**

Die von Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache auf Ibiza getätigte Aussage „Novomatic zahlt alle“ war im Untersuchungsausschuss zuletzt öfter untersucht worden. Erst am Wochenende hatte das „profil“ eine Liste über Sponsorings veröffentlicht, die von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft im elektronischen Postfach eines Novomatic-Mitarbeiters gefunden worden war und dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss vorliegt.

Auf der Liste finden sich Vereine, die über politische Kontakte sowohl zur ÖVP als auch zur SPÖ verfügen. Viele davon in Niederösterreich. Neben den bereits bekannten Zuwendungen an das von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka geführte „Alois Mock-Institut“ wurden unter anderem auch der FC Purkersdorf vom ehemaligen SPÖ-Innenminister und Bürgermeister Karl Schlögl oder der Golfclub Föhrenwald gesponsert. Bei Letzterem fungiert Wiener Neustädter Bürgermeister und ÖVP-Klubobmann Klaus Schneeberger als Präsident. Auch der ÖVP-Wirtschaftsbund und der SPÖ-Wirtschaftsverband sollen Zuwendungen erhalten haben.

Auf NÖN-Anfrage betont Novomatic, dass man die gesellschaftliche Verantwortung insofern wahrnehme, indem man „ohne politischen Hintergrund die für sie sinnvollen Projekte und Sponsorings nach objektiven Kriterien auswählt.“

Novomatic beschäftigt allein in Niederösterreich knapp 2.000 Mitarbeiter. Nachdem ein Großteil aus dem Einzugsgebiet Wiener Neustadt komme, wolle man sich in dieser Region gesellschaftlich und kulturell besonders engagieren. Den Kooperationen wie jener vom „Frontale



Das Sponsoring des NÖ-Glücksspielkonzerns Novomatic sorgte zuletzt für heftige Debatten. Foto: E. Hussmann

Filmfestival“ liegen laut Novomatic Verträge mit gewerblichen Gegenleistungen wie zum Beispiel in Form von Logopräsenz auf allen Drucksorten etc. zugrunde. Über die Höhe der einzelnen Zuwendungen wollte die Firma keine Auskunft geben.

Indes meldete der NÖ Wirtschaftsbund auf Anfrage, dass Novomatic zwei ganzseitige Inserate im Magazin „Wir sind Wirtschaft“ mit einer Auflage von 80.000 Exemplaren zu je 5.000 Euro gebucht hatte. Der Golfclub Föhrenwald, mit einem Budget von 2,5 Millionen Euro, hat laut Schneeberger in den Jahren 2009 bis 2019 jährlich 5.000 Euro für eine Logo-Präsenz erhalten.

## ÖVP warnt vor „Kriminalisierung“

Der Forderung der Grünen, dass Sponsoring von Sport- und Kulturveranstaltungen künftig offengelegt werden sollte, erteilt Schneeberger eine klare Absage: „Sponsoring ist nie geheim, weil ja jeder Unterstützer mit Logo-Präsenz sichtbar ist. Ich warne davor, jetzt jedes Sponsoring zu kriminalisieren. Das ist in Wahrheit ein Anschlag auf die Kultur- und Sportszene, die ohne Sponsoring nicht überleben kann.“ Zudem unterliege das von den Grünen stets bekämpfte „Kleine Glücksspiel“ in Niederösterreich einem der strengsten Gesetze des Landes.

VON ANDREA HODOSCHEK

**M**ichael Tojner: Sein Name fiel in den vergangenen Jahren meist in Zusammenhang mit Ermittlungen der Justiz wie zuletzt im Zuge der Untersuchungen gegen den Ex-Justizminister und jetzigen Verfassungsrichter Wolfgang Brandstetter. Ansonsten ist der umtriebige Unternehmer der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt. Grund genug, ihn als Unternehmer zu beleuchten und einen Überblick über den Stand der Ermittlungen zu geben.

\*\*\*

Einen Hang zur Ironie kann man dem 55-jährigen Sohn einer Installateursfamilie aus Haag, Niederösterreich, nicht absprechen. „Erzengel“ Michael Beteiligungsverwaltung nennt er eine der unzähligen Gesellschaften am Sitz seiner Kommandozentrale in der Mariahilfer Straße 1.

In der Wiener Wirtschaftsgemeinschaft wird Tojner freilich als das Gegenteil eines Engerls gesehen, und das ist ihm auch bewusst. Es gibt nicht viele Unternehmer, die derart polarisieren. Daraus erklärt sich vermutlich auch sein Streben nach gesellschaftlicher Anerkennung. Denn zu Geld und wirtschaftlichem Erfolg hat es Tojner längst gebracht.

Forbes taxierte Tojner im Vorjahr auf 1,9 Milliarden Dollar. Er schaffte es nach Red-Bull-Boss Dietrich Mateschitz als erst zweiter Österreicher auf das Cover des US-Wirtschaftsmagazins.

Die Basis für sein im Schweizer Reinach domiziliertes Industrie-Imperium legte der sechsfache Familienvater als Zocker. Der zweifache Doktor erzählt zwar gerne die Story, wie er als Student (Betriebswirtschaft und Jus) mit einem Eiswägerl vor Schönbrunn begann und schon vor der Sponson seine erste Schilling-Million beisammen hatte, doch so richtig ins Geldverdiener kam Tojner erst mit dem Einstieg ins Finanzbusiness.

Es war das schnelle Geld, das den jungen Tojner lockte. Gemeinsam mit wechselnden Partnern bewies der Sportfreak, der fit wie ein Turnschuh ist (Skifahren, Kitesurfen, Tennis), ein gutes Händchen. Bis zu 20 Prozent Ren-



Michael Tojner regiert von der Wiener Mariahilfer Straße aus über ein Industrie-Imperium

## Der Zocker als Industrieller

Montana. Michael Tojners Werdegang vom Risiko-Investor zum nachhaltigen Technologie-Unternehmer

...dite im Jahr wurde den Anlegern versprochen. Die Venture-Capital-Vehikel (CEG und GEP, mit der Meinel Bank gegründet) sammelten Geld ein, auch bei institutionellen Investoren wie Versicherungen, beteiligten sich an brustschwachen Unternehmen sowie an Start-ups, cashten hohe Gebühren und versuchten, mit Gewinn wieder rauszugehen. Das funktionierte meist und einer gewann immer: Tojner.

### „Grenzgänger“

Doch es gab wiederholt Differenzen mit lästigen Anlegern, manchmal interessierte sich auch die Staatsanwaltschaft. Zur Ehrenrettung Tojners

muss gesagt werden, dass es nie zu einer Anklage kam.

„Tojner war ein unglaublich geschickter Verhandler und hat immer die Grenze des Erlaubten ausgetestet, sowohl im Handels- als auch im Strafrecht“, erinnert sich ein Wegbegleiter an die Zockerjahre, in denen in 50 Unternehmen investiert wurde.

Im Glücksspiel hatte Tojner nicht immer Fortune. Als Mitgründer von BetandWin zog er Europas größten Sportwettenanbieter auf, verpasste aber die beste Gelegenheit zum Ausstieg. Die Neugründung Starbet floppte. Das Start-up Greentube dagegen wurde vom Novomatic-Konzern gekauft. Vor einigen

Jahren versuchte er vergebens, gemeinsam mit den Bauträger-Brüdern Soravia und Krone-Chef Christoph Dichand, mit denen er am Dorotheum beteiligt ist, beim teilstaatlichen Casinos-Konzern einzusteigen. Wäre eine österreichische Lösung gewesen.

Als großes Vorbild nannte Tojner einmal den verstorbenen Industriellen Karl Kahane. Die Namensgleichheit mit Kahanes Montana-Gruppe ist wahrscheinlich kein Zufall.

Die Mutation vom Zocker zum nachhaltigen Industrie-Unternehmer begann mit der Gründung der Montana Holding, die er 2007 durch den Kauf der Reste des deutschen Batterieherstellers Varta von

der Quandt-Dynastie und der Deutschen Bank in neue Dimensionen katapultierte. Er bekam Varta zum Schnäppchenpreis von kolportierten 40 Millionen Euro, musste aber hohe Summen investieren. Heute ist Varta Marktführer bei Mikrobatterien und legte ein Rekordergebnis hin.

Den Börsengang von Varta ließ Tojner übrigens in einer Fallstudie von WU-Studenten ausarbeiten. Der Autor einiger wissenschaftlicher Werke hält nach wie vor Vorlesungen über Entrepreneurship.

2019 brachte Tojner die Aluflexpack in der Schweiz an die Börse. Er hatte den kroatischen Hersteller von Aluminium-Verpackungen

2012 von der Hypo Alpe Adria erworben. Die Kärntner Skandalbank musste vor dem Verkauf ihrer letzten Industriebeteiligung noch 100 Millionen Euro an Krediten in den Wind schreiben.

Im Herbst 2018 dürfte bei Tojner die alte Zockermentalität durchgekommen sein. Er versuchte mit Partnern, die B&C-Stiftung zu sprengen, mit Beteiligungen an Lenzing, Amag und Semperit hinter der Staatsholding die größte Industriegruppe des Landes. Nach einem erbitterten Schlagabtausch einigte man sich friedlich. Nutznießer ist jetzt die WU Wien, die elf Millionen Euro erhält.

„Bei aller sonstigen Kritik an Tojner, aber die Industriegruppe ist eine Erfolgsgeschichte“, resümiert der ehemalige Notenbank-Präsident Claus Raidl, der ein Jahr lang im Verwaltungsrat der Montana saß.

Für Einen allerdings war die Partnerschaft mit Tojner gar nicht hilfreich. Der Vorarlberger Unternehmer Martin Ohneberg, bei dem Tojner beteiligt ist, hätte ohne dieses Naheverhältnis höchstwahrscheinlich das Rennen um den Präsidenten der Industriellenvereinigung gewonnen.

# MONTANA TECH COMPONENTS

**1,35 Mrd. €**  
Gesamtumsatz 2019



**250 Mio. €**  
EBITDA 2020

**83**  
Standorte



**in 34**  
Ländern



**10.700**  
Mitarbeiter

**58 %**

TecDax/MDax gelistet  
Börsegang 2017



Marktführer bei Mikrobatterien, produziert auch Haushaltsbatterien und Energiespeichersysteme. 2020 war Rekordjahr, bereinigtes Ebitda 239 Millionen (plus 145 Prozent), Umsatz 870 Millionen (plus 140 Prozent).

**54 %**

SIX gelistet  
Börsegang 2019



Aluminiumverpackungen für Nahrungsmittelindustrie (Kaffee, Tee, Tiernahrung) und Pharmaindustrie. Umsatz 2020 rund 240 Millionen, Ebitda (Ergebnis vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen) 2020 rund 38 Millionen.

**100 %**  
nicht gelistet



Produziert mit 4.700 Mitarbeitern Aluminiumprofile für Luftfahrt-, Automotiv- und Energie-Sektor. Tochter Alpine Metal Tech (AMT) in OÖ auch in Robotik und Automatisierung tätig. Börsegang ist ein Thema.

## „Verdachtsmomente massiv erhärtet“

Investor Michael Tojner ist Beschuldigter in zwei Ermittlungsverfahren, er bestreitet alle Vorwürfe

VON KID MÖCHEL  
UND DOMINIK SCHREIBER

„Die vom Land Burgenland geäußerten Verdachtsmomente haben sich durch die bisherigen Ermittlungen und die vorliegenden Beweisergebnisse massiv erhärtet“, schreibt ein Oberstaatsanwalt in einer 45 Seiten starken Durchsuchungsanordnung. Diese wurde am 10. Februar 2021 in der Wiener Firmenzentrale des Unternehmers Michael Tojner vorgelegt. Seit zwei Jahren ermittelt die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft gegen Tojner und weitere 34 Personen wegen des Verdachts der Untreue und des schweren Betruges.

Im Zentrum der Causa steht eine Anzeige des Landes Burgenland und drei ehemals gemeinnütziger Wohnbaugesellschaften Gesfö, Riedenhof und Pannonia (die Tojner übernommen hat). Die drei Bauvereinigungen verlegten ihre Sitze ins Burgenland und unternah-

men alles, damit ihnen die Gemeinnützigkeit entzogen wurde.

Ein solcher Entzug zieht eine Abschlagszahlung für die bestehenden Immobilien an das zuständige Bundesland nach sich, deren Höhe sich nach der zuletzt eingereichten Bilanz ergibt. Laut Gesetz sollte das Land Burgenland als Abgeltung den objektiven Verkehrswert der Liegenschaften erhalten.

Damit die Abschlagszahlungen aber möglichst gering ausfielen, sollen „Vermögenswerte in Bilanzen der

Bauvereinigungen wissenschaftlich falsch dargestellt“ und „fingierte Rückstellungen“ dotiert worden sein.

Als mutmaßlichen Regisseur haben die Ermittler Tojner im Verdacht. Dieser ist jedoch anfangs nicht in Erscheinung getreten, sondern soll Treuhänder und Strohmann vorgeschickt haben.

„Aus den vorliegenden Beweisergebnissen kann der dringende Verdacht abgeleitet werden, dass Michael Tojner von Anfang an der wahre wirtschaftliche (zumindest Mit-)Eigentümer der Panno-

nia, Gesfö und Riedenhof ist und diese beherrschte“, heißt es in der Anordnung.

### „Wert unterschritten“

Ziel sei es gewesen, sich das „sehr hochwertige Liegenschaftsvermögen der gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften zu weit unter dem Verkehrswert liegenden Preisen anzueignen und durch zeitnahen Verkauf zu angemessenen Preisen hohe Gewinne zu erzielen“. Am Ende hat die Tojner-Gruppe für die Wohnbauten der Riedenhof und Gesfö 14,28 Mil-

lionen Euro Abschlagszahlungen geleistet. Das Land Burgenland beklagt einen Schaden in der Höhe von bis zu hundert Millionen Euro.

„Unser Mandant weist die Vorwürfe entschieden zurück und hat größtes Interesse, diese schnellstmöglich aufzuklären“, kontert Tojners Anwalt Karl Liebenwein. „Zu allem Liegenschaften liegen Gutachten renommierter Sachverständiger vor, die die Verkehrswerte richtig abbilden und die in den geprüften Jahresabschlüssen der Gesellschaften Eingang fanden.“

### Causa Chorherr

Indes ist Tojner auch Beschuldigter in der Causa um Christoph Chorherr. Dabei geht es um Spenden an einen Verein des früheren grünen Ex-Stadtplaners und einem möglichen Zusammenhang mit Tojners Heumarkt-Projekt. Der Verdacht: Bestechung und Bestechlichkeit. Tojner hat aber nicht gespendet. Tojner und Chorherr weisen die Vorwürfe zurück.

#### SCHRIFTLICHE AUSFERTIGUNG DER MÜNDLICH ANGEORDNETEN

#### ANORDNUNG DER DURCHSUCHUNG UND DER SICHERSTELLUNG

STRAFSACHE:

Gegen:  
Oö. Michael TOJNER und andere Beschuldigte

wegen:  
§ 153 Abs 1 und Abs 3 zweiter Fall StGB und weiterer strafbarer Handlungen

Zu: 3.541.345/1-II-BK7.1-WE

Am 10. Februar 2021 führte die Korruptionsstaatsanwaltschaft wegen der Wohnbaureinigungen die dritte Hausdurchsuchung in Tojners Firmenreich durch

# Kurz-Vertraute im Ibiza-Ausschuss

**Kreis um Kanzler.** Der türkische Mastermind Stefan Steiner und ÖVP-Generalsekretär Axel Melchior müssen aussagen. Kanzler Kurz beklagt Dirty Campaigning von Peter-Pilz-Medium

VON IDA METZGER  
UND DANIELA KITTNER

Wieder einmal steht der ÖVP eine heiße Woche bevor. Im Ibiza-U-Ausschuss wird der „inner circle“ um Sebastian Kurz den Abgeordneten Rede und Antwort stehen müssen. Den Auftakt macht der Mastermind von Türkis – nämlich Stefan Steiner. Kein Name ist enger mit dem politischen Aufstieg von Kurz verbunden als jener von Steiner. Er ist seit vielen Jahren der Schatten des Kanzlers. Egal, ob es die Ibiza-Krise zu managen galt, oder Koalitionsverhandlungen anstanden, Steiner ist immer an der Seite von Kurz.

Ebenso ist ÖVP-Generalsekretär Axel Melchior im Ausschuss geladen. Er managte für Kurz sämtliche Wahlkämpfe. Bei seiner Befragung werden vor allem die Wahlkampfspenden von 2017 eine große Rolle spielen.

Dann muss auch noch die Assistentin des Kanzlers, Lisa Wieser, vor dem Ibiza-U-Ausschuss erscheinen. Spannend wird es, wenn Unternehmerin Gabriela Spiegelfeld, die emsig und erfolgreich Spenden für den ÖVP-Obmann im Wahlkampf gesammelt hatte, aussagen muss.

## Mallorca-Urlaub

Spannend deswegen, weil ausgerechnet der Bundeskanzler im Zusammenhang mit Spiegelfeld am Dienstag Medien zu einem Hintergrundgespräch lud. Der Grund der Offensive: Der Kanzler beklagt „Dirty Campaigning“ durch das Online-Medium *Zacksack* von Ex-Politiker Peter Pilz.

Konkret soll *Zacksack*-Chefredakteur Thomas Walach versucht haben, Kurz mit einer Aussage bei der WKStA eine versteckte Geschenkannahme in Form einer Urlaubseinladung vorzuwerfen. Zum Beweis der Unrichtigkeit legte Kurz eine Abrechnung vor, wonach er im Hotel und nicht in der Finca von Unterstüzzerin Spiegelfeld logierte.



Morgen wollen die Oppositionsparteien die Vertrauten von Sebastian Kurz „grillen“. Es geht um Spenden, Novomatic und eine Finca

Der Hergang: Walach machte vor knapp drei Wochen, nur kurz nach der Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel, bei Spiegelfeld einen Recheck rund um ihre Frühstückseinladungen, bei denen sich Kurz im Wahlkampf 2017 mit Top-Managern des Landes traf.

Darunter soll auch Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann gewesen sein. Diesen Artikel stellte Walach dann auf die Whistleblower-Homepage der WKStA.

## Gleich Termin bei WKStA

Zwei Tage später war er bereits von der WKStA zu einer Zeugenaussage vorgeladen. Bei diesem Termin, so die Version aus dem Bundeskanzleramt, soll Walach vorgegeben haben, von Spiegelfeld erfahren zu haben, dass Kurz 2018 in ihrer Finca gratis einen Urlaub verbracht habe.

Erst auf Nachfrage der WKStA soll Walach dann zugegeben haben, dass diese Information nicht von Spiegelfeld stamme, sondern von einem anderen Informanten,

den er nicht nennen könne. „Ich war sie damals auf Mallorca nicht einmal besuchen, auch nicht auf einen Kaffee“, sagt Kurz.

Und Walach meint zu den Vorwürfen, das sei „die Interpretation von Kurz“. Er habe bei der WKStA nur zu Protokoll gegeben, dass Kurz bei Spiegelfeld „zu Gast gewesen sei“, ob der Kanzler dort auch übernachtet habe, wisse er nicht.

## Kurz: „System Pilz“

Auch behauptete Walach vor der WKStA, dass Spiegelfeld ab Mai 2017 ein Büro, gleich neben Axel Melchior, in der ÖVP-Zentrale bezogen habe. „Auch das stimmt nicht“, so der Kanzler.

Das sei „das System Pilz: Man nehme drei Fakten, erfinde drei Fakten dazu, übergebe das der Staatsanwaltschaft, diese veraktet das, und das geht dann raus und wird von allen Medien berichtet“, kritisierte Kurz. Als Politiker müsse man dann oft jahrelang mit dem Status als „Beschuldigter“ leben.

## Kurz-SMS an Strache: Alles bleibt geheim

Rund 300 SMS bekommt der Ausschuss

**Hohe Geheimhaltungsstufe.** Die Oppositionsfraktionen im Ibiza-Untersuchungsausschuss ärgern sich ein weiteres Mal über die Klassifizierung von Beweismaterial. War es vor Wochen das Ibiza-Video, sind es nun 300 SMS zwischen Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) und seinem damaligen Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ).

Obwohl diese gestern noch nicht einmal im Ausschuss eingelangt waren, hieß es, diese würden der Geheimhaltungsstufe drei, also „geheim“, unterliegen. Weil diese mit der Geheimhaltungsstufe drei klassifiziert sind, ist eine Übermittlung auf elektronischem Wege nicht möglich, sondern nur auf Papier.

Derzeit ist die Parlamentsdirektion in Kontakt mit dem Justizministerium, wie die Chatverläufe dem Informationsordnungsgesetz entsprechend aufbereitet werden können.

## SPÖ ärgert sich

Die SMS zwischen Kurz und Strache liegen nur eine Geheimhaltungsstufe unter dem Ibiza-Video, was Unverständnis etwa bei SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer hervorruft. Abgeordnete dürften sich nicht einmal darüber unterhalten, beklagte er. Außer, man befände sich bei der Durchsicht in einem abhörsicheren Raum. Fragen dazu dürfen nur in einer geheimen Sitzung gestellt werden.

## Van der Bellen: „Justiz soll in Ruhe arbeiten können“

**Justiz-Debatte.** Lange hat es gedauert, aber nun äußert sich Bundespräsident Alexander Van der Bellen doch in der Justiz-Debatte zu Wort. Sein Statement war kurz, aber dafür umso klarer: „Die Justiz soll in Ruhe arbeiten können, das betrifft auch die Staatsanwaltschaften“, sagte Van der Bellen gestern in einer Pressekonzferenz mit dem Schweizer Bundespräsidenten Guy Parmelin in Wien.

## Unabhängigkeit

Die Staatsanwaltschaften seien dazu da, einem Anfangsverdacht nachzugehen, bis entschieden werden könne, ob das Verfahren eingestellt oder fortgeführt werde. In diesem Verfahren sei alles zu klären, was für oder gegen einen Beschuldigten spreche, meinte das Staatsoberhaupt.

Eine unabhängige Justiz sei eine der „Grundfesten der Republik“, die es „zu schützen“ gelte, betonte Van der Bellen weiter. Und er forderte: „Es soll keine Vorverurteilungen geben.“ Diese Bitte betreffe auch die Medien in Österreich. Hier bezieht sich der Bundespräsident auf die Zitierungen aus den Strafakten. Es sei „ernst zu nehmen, dass bis zu einem Gerichtsurteil die Unschuldsvermutung gilt“.

Er habe sich bisher nicht öffentlich zu den Vorgängen geäußert, weil er zu laufenden Verfahren nicht Stellung nehmen wolle, erläuterte der Bundespräsident. Er vermeide eine Einmischung in Verfahren „aus Respekt vor der Justiz“.



Van der Bellen stellt sich hinter die Justiz

„Tiroler Tageszeitung“, 03.03.2021

## Kurz beklagt „Dirty Campaigning“ von Pilz-Medium „Zack Zack“

Nach Korruptionsvorwürfen und Schlagzeilen rund um die Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel geht Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) nun in die Offensive und prangert „Dirty Campaigning“ durch das Online-Medium „Zack Zack“ von Ex-Politiker Peter Pilz an. Es geht um den Vorwurf der verbotenen Geschenkannahme, weil Kurz angeblich gratis im Haus einer Unternehmerin Urlaub gemacht habe - was er bestreitet. Der Akt dazu fuße auf Behauptungen des „Zack Zack“-Chefredakteurs.

Kurz machte den Vorwurf des Gratis-Urlaubs am Dienstag in einem recht kurzfristig einberufenen Hintergrundgespräch mit Journalisten selbst öffentlich. Es gehe ihm darum, „das System Peter Pilz“ darzustellen, der frühere Grün-Politiker und Parteigründer der „Liste Pilz“ betreibe mit seiner Webseite zackzack.at „Dirty Campaigning“, kritisierte Kurz. Die erhobenen Vorwürfe seien schlicht falsch.

Pilz wiederum ortete auf Anfrage der APA eine „Flucht nach vorne“ des Kanzlers. „Unsere Recherche wird er nicht verhindern.“ Auch FP-Generalsekretär Christian Hafenecker rückte zur Verteidigung des Online-Magazins aus und warf Kurz vor, „die letzten noch unabhängig von verschenktem Steuergeld agierenden Medien und damit die Pressefreiheit ins Visier“ zu nehmen.

Nach Darstellung der ÖVP war man vergangene Woche mit der Anfrage eines Mediums konfrontiert, wonach Kurz laut einem Akt der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft im Frühsommer 2018 gratis Urlaub im Haus der Unternehmerin Gabriela Spiegelfeld auf Mallorca gemacht habe. Die Unternehmerin wiederum soll kostenlos ein Büro in der ÖVP-Zentrale bekommen haben, was ein nicht versteuertes Gegengeschäft darstellen könnte. Beides „stimmt nicht“, betont Kurz. Zwar sei er im Frühsommer 2018 tatsächlich für fünf Tage mit seiner Freundin auf Urlaub auf Mallorca gewesen, sagte Kurz, aber er könne es „ausschließen“, bei der Unternehmerin zu Gast gewesen zu sein, nicht einmal zum Kaffee habe er das Haus je betreten. Er habe auch die von ihm bezahlten Hotelrechnungen herausgesucht und dem Medium vorgelegt.

Recherchen der ÖVP hätten ergeben, dass die Vorwürfe auf „Zack Zack“-Chefredakteur Thomas Walach zurückgingen. Walach war für die APA zunächst nicht erreichbar. Nach Darstellung der ÖVP habe Walach Spiegelfeld Mitte Februar wegen der Causa Blümel angerufen. Sie soll im Wahlkampf im Rahmen eines Personenkomitees Spendenpartys für Kurz organisiert haben und kommt deshalb im Zusammenhang mit den Novomatic-Spendenvorwürfen an die ÖVP vor. Spiegelfeld ist diese Woche übrigens als Auskunftsperson im Untersuchungsausschuss geladen. In dem Telefonat sei es nicht um Mallorca gegangen. Walach habe sich danach mittels Hinweisgebersystem an die WKStA gewandt und sei zwei Tage später als Zeuge vernommen worden. Auf Nachfrage der Staatsanwaltschaft habe sich Walach auf den Quellenschutz als Journalist berufen, sagt die ÖVP. Die WKStA hat laut ÖVP einen achtseitigen Akt zu den Vorwürfen angelegt und prüfe einen Anfangsverdacht, Kurz sagte auf Nachfrage, er sei noch nicht von der Staatsanwaltschaft kontaktiert worden. „Zackzack.at“ hat dazu noch keinen Artikel veröffentlicht, der Akt ist aber eben offenbar bei einem anderen Medium gelandet.

Kurz spricht von einem „System Peter Pilz“: „Der ist Journalist, Anzeiger und Zeuge auf einmal.“ Das „System“ sei, etwas zu Fakten dazuzuerfinden, eine Anzeige zu machen und den entsprechenden Akt dann an die Medien zu spielen. Medienrechtlich sei das nicht greifbar. „Alles hat eine Grenze“, zeigte sich Kurz empört, eine derartige Systematik tue der politischen und medialen Kultur nicht gut.

Zuletzt hatte ein Vorschlag der ÖVP für Aufregung gesorgt, wonach im Rahmen der angedachten Justiz-Reform auch die Berichterstattung über Ermittlungsverfahren erschwert und Medien das Zitieren aus Ermittlungsakten verboten werden sollte. „Das ist schon eine Überlegung“, meinte Kurz auch am Dienstag darauf angesprochen. Noch relevanter sei es aber, wie Medien mit derartigen Fällen umgingen.

„APA“, 02.03.2021

## **NOVOMATIC hat Strafanzeige wegen rechtswidriger Informationsweitergabe eingebracht**

**Utl.: Sachverhaltsdarstellung bei Staatsanwaltschaft Wien wegen rechtswidriger Weitergabe von vertraulichen und sensiblen Unternehmensinformationen**

Gumpoldskirchen (OTS) - Hintergrund dieser Sachverhaltsdarstellung ist die Verwendung und teilweise Veröffentlichung von vertraulichen Unternehmensinformationen durch die Recherchekooperation „profil“, „Der Standard“ und „ORF-ZiB2“. Es besteht der Verdacht, dass diese Informationen unter Verletzung von gesetzlichen Verschwiegenheitspflichten an die Recherchekooperation übermittelt wurden.

Die aufgrund der Berichterstattung der Recherchekooperation mittlerweile öffentlich bekannte Datei, die interne Budgets für Unternehmenssponsoring auflistet, war bislang ausschließlich der Ermittlungsbehörde sowie dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss bekannt und unterliegt bei beiden Institutionen strengster Verschwiegenheit. Die Weitergabe dieser Informationen an die Recherchekooperation ist klar rechtswidrig, zumal es sich bei den gegenständlichen Ermittlungen um einen Verschlussakt handelt, bei dem besondere Geheimhaltung gilt. Im Übrigen ist eine mediale Berichterstattung über wirtschaftliche Details von Sponsoring-Vereinbarungen, etwa mit Niki Lauda, keine Frage von öffentlichem Interesse.

Die rechtswidrige Weitergabe von vertraulichen Daten an Journalisten und Medien konterkariert faire und objektive Ermittlungen und führt zu einem massiven Schaden für die Betroffenen, aber auch für den Rechtsstaat. NOVOMATIC prüft deshalb zusätzlich weitere rechtliche – insbesondere auch datenschutz- und zivilrechtliche – Schritte und behält sich ausdrücklich auch Schadenersatz- und/oder Amtshaftungsklagen vor.

Rückfragehinweis:

Dr. Peter Zöchbauer

Rechtsanwalt

[office@medienanwaelte.at](mailto:office@medienanwaelte.at)

„www.zackzack.at“, 02.03.2021

## Was war auf Mallorca los?

Am Dienstag berief Kanzler Kurz eilig ein Hintergrundgespräch ein, zu dem die meisten österreichischen Printmedien geladen waren. Der Grund: Eine ZackZack-Recherche und eine Aussage bei der WKStA. Wovor hat Kurz solche Angst?



Wien, 02. März 2021 | Am 15. Februar erscheint bei ZackZack eine Recherche von Chefredakteur Thomas Walach. Es geht um Spenderfrühstücke mit Sebastian Kurz im Wiener Hotel Sacher, die PR-Beraterin Gabi Spiegelfeld organisiert hat. Ein Teilnehmer dieser Gespräche: der damalige Novomatic-CEO Harald Neumann. Die WKStA ermittelt, ob Kurz für Novomatic in Italien intervenierte und dafür eine Spende erhielt.

### Erkenntnisse interessieren Ermittler

Dass Kurz bei seinen Frühstücksterminen mehrmals auf Neumann traf, war neu. Für Kurz kam die Recherche zu einem ungünstigen Zeitpunkt, war er doch gerade damit beschäftigt, ein vermutetes Treffen mit Novomatic-Eigentümer Johann Graf zu dementieren. Auch die Ermittler wussten offensichtlich nichts von den Frühstückstreffen.

Walach schickte daher den Inhalt seines Gesprächs mit Spiegelfeld an die WKStA. Zwei Tage später war Walach als Zeuge geladen. Die Ermittler interessierten sich für seine Rechercheergebnisse. „Ich habe einfach unter Wahrheitspflicht ausgesagt was ich wusste“, sagt Walach. „Nur, wenn es um die Identität meiner Quellen ging, habe ich mich mit Verweis auf das Redaktionsgeheimnis entschlagen.“

### Kurz legt neue Fährte selbst

Sebastian Kurz sprach in seinem Hintergrundgespräch vor allem über seinen Mallorca-Urlaub im Juni 2018. Kurz habe bestätigt, dass er im Zeitraum von 31. Mai bis 05. Juni 2018 auf Mallorca war. Die ZackZack-Recherchen dazu bezeichnete er als „Dirty Campaigning“. Diesen Titel trägt auch die Unterlage, die an die anwesenden Journalisten ausgegeben wurde. Die Stimmung des Kanzlers soll angespannt gewesen sein, berichtet ein Teilnehmer. In seiner Befragung durch die WKStA sei

die Mallorca-Sache allerdings „ein völliger Nebenaspekt“ gewesen, sagt Walach. Er sei überrascht gewesen, dass die Sache solchen Wirbel verursache. „Ich hatte nicht einmal darüber geschrieben. Dass Kurz auf Mallorca seine Freunde besuchte – na wenn schon!“

Woher weiß Walach überhaupt von Kurz' auf Mallorcaurlaub? Gabi Spiegelfeld habe selbst von Mallorca aus Personen in Wien mitgeteilt, dass Kurz vor Ort sei, sagt der ZackZack-Chefredakteur. Der Kanzler legte bei seinem Hintergrundgespräch den geladenen Journalisten eine Hotelrechnung vor, die beweisen soll, dass er nicht im Haus des Ehepaar Spiegelfelds übernachtet habe. Walachs Ziel sei, ihm verbotene Geschenkkannahme zu unterstellen. Walach sagt, er habe „keine Ahnung“, wo Kurz geschlafen habe, und: „Dazu habe ich auch nichts ausgesagt. Genausowenig wie darüber, ob Kurz auf irgendetwas eingeladen wurde.“

### **Was war auf Mallorca?**

Dem Kanzler ist der „Nebenaspekt“ der Befragung wichtig genug, um einen Großteil der heimischen Innenpolitikjournalisten einzuladen und gegen ein Medium zu schießen. Was also ist auf Mallorca passiert? „Wer war noch dort? Und mit wem hat Kurz worüber gesprochen? Ging es um Spenden?“ Walach sieht im Verhalten des Kanzlers einen Rechercheansatz: „Wenn Kurz so in Panik gerät, werde ich als Journalist natürlich neugierig.“

Was war der Grund für Kurz' Reise nach Mallorca? War es eine Dienstreise? War er alleine? Falls nicht, wer hat ihn begleitet?

Sebastian Kurz liegt offenbar Walachs Einvernahmeprotokoll vor – im Gegensatz zu Walach selbst, der als Zeuge keine Akteneinsicht hat. Wie ist das Protokoll zu Kurz gekommen? Ein Weg wäre Gernot Blümel, der im Verfahren um die Spendencausa Beschuldigter ist und also Akteneinsicht hat. Brisant: der Kanzler und seine Parteifreunde hatten sich in den letzten Wochen immer wieder selbst über vermeintliche „Leaks“ beschwert. Klubchef August Wöginger hatte sogar die WKStA als Quelle für Infos an Medien in den Raum gestellt und ihr damit eine strafbare Handlung unterstellt.

### **Spiegelfeld im Ibiza-U-Ausschuss**

Am Donnerstag ist Gabi Spiegelfeld als Auskunftsperson in den Ibiza-Untersuchungsausschuss geladen. „Ich kann mir schon vorstellen, was die Abgeordneten sie fragen werden“, sagt Walach. „Wird Mallorca das neue Ibiza der ÖVP?“

➤ Verbot in Landespolizeigesetz umgangen ➤ Tiroler Grüne sehen „Gamechange“

# Glücksspiel: Bald ausgetrickst

Die Glücksspielagenden sollen – wie berichtet – aus dem Finanzministerium ausgelagert werden: Dieser Plan wird von den Tiroler Grünen ausdrücklich begrüßt. Denn in Tirol war es durch einen Trick möglich, das Landespolizeigesetz zu umgehen und so trotz Verbots Glücksspielautomaten aufzustellen.

„Mit dem Anti-Glücksspiel-Paket der Bundesregierung geht es der Glücksspielindustrie an den Kragen“, freut sich die grüne Sicherheitssprecherin und stv. Landtagspräsidentin Stephanie Jicha, die eine ausgewiesene Expertin auf diesem Gebiet ist: Schließlich arbeitet sie an einer Dissertation zu diesem Thema.

Das von der Bundesregierung vorgestellte Paket sei ein „Gamechanger“, der Glücksspielindustrie gehe es damit an den Kragen: „Endlich wird dem Milliardengeschäft auf Kosten von teilweise pathologischen Spielerinnen und Spielern ein Riegel vorgeschoben.“

## Umgehung des Verbots mittels Bundeslizenzen

Ein wesentlicher Punkt ist für Jicha auch die Abschaffung der Bundeslizenzen für Automaten, so genannte Video Lottery Terminals (VLTs). „In Tirol gibt es ein Verbot des kleinen Glücksspiels. Daran wird nicht gerüttelt. Das haben wir auch im Koalitionsabkommen schwarz auf weiß abgesichert. Über

Sicherheitssprecherin Stephanie Jicha.



die Bundeslizenzen war es bisher aber möglich, in Tirol diese Video Lottery Terminals aufzustellen und so das klare ‚Nein‘ Tirols zum kleinen Glücksspiel zu umgehen“, erklärt Jicha. Je strenger die Vorschriften für das Glücksspiel in Casinos, Lokalen etc. sind, desto mehr Spieler weichen in den Onlinebereich aus. „Doch auch hier wird nachjustiert, damit keine Hintertürchen offen bleiben“, lobt Jicha das Paket des Bundes.

Philipp Neuner

## Grüne Transparenzoffensive



### Parlament

von Sigrid Maurer

Die Autorin ist Klubobfrau der Grünen.

Jeden Dienstag lesen Sie an dieser Stelle den Kommentar eines Vertreters einer Parlamentspartei.

In den vergangenen Tagen und Wochen ist sie wieder in aller Munde: die enge Verflechtung von Politik und Unternehmen und damit verbundene mögliche Korruption oder zumindest deren Anschein. Am besten beugt man Korruption vor, indem für größtmögliche Transparenz bei Parteien und im Staat gesorgt wird – und zwar verpflichtend. In Österreich ist hier noch einiges zu tun, auch Ibiza lässt grüßen. Für uns Grüne war und ist saubere Politik ein Eckpfeiler unseres Programms und zentraler Bestandteil des Koalitionsabkommens. Vorige Woche ist das Informationsfreiheitsgesetz in Begutachtung geschickt worden. Hinter dem sperrigen Begriff verbirgt sich ein echter Paradigmenwechsel. Wir schaffen damit das völlig veraltete Amtsgeheimnis ab und setzen an dessen Stelle ein Recht auf Zugang zu Information für alle BürgerInnen. Angeforderte Informationen oder Dokumente

sind unverzüglich zur Verfügung zu stellen, jedenfalls binnen vier Wochen – in begründeten Ausnahmefällen spätestens nach acht Wochen. An die Stelle von Verschwiegenheit als oberstes Prinzip tritt die Verpflichtung zu (proaktiver) Information. Öffentlich beauftragte Studien oder Gutachten müssen der Öffentlichkeit über eine eigene Datenbank im Netz zugänglich gemacht werden. Damit hier nicht wieder mit Ausreden und Verschleppung agiert werden kann, wird dieses Recht beim Verwaltungsgericht einklagbar sein, inklusive finaler Entscheidung schon nach sechs Monaten. Bisher dauerten solche Klagen oft mehrere Jahre. Das Handeln des Staates wird damit für Medien und Bevölkerung

nachvollziehbar. Denn Transparenz ist der natürliche Feind von Korruption und Verfilzung. Wo eine solche Verfilzung immer wieder augenscheinlich und gerichtsanhängig wurde, ist das Glücksspiel. Es ist ein Milliarden-geschäft, zu großen Teilen auf dem Rücken von suchtkranken Menschen betrieben. Mit der Vergabe der Lizenzen durch den Staat wird potenziell auch über große, zusätzliche Erträge entschieden. Um die Möglichkeit und auch nur den Anschein politischer Einmischung zu verhindern, wird die Lizenzvergabe an eine weisungsfreie Behörde übergeben und dem politischen Einflussbereich des Finanzministeriums entzogen. Darüber hinaus umfasst das Glücksspielpaket weitreichende

Verschärfungen beim Schutz von Spielerinnen und Spielern: Maßnahmen wie die Drosselung des Spieltempos, eine stärkere Beschränkung der Einsätze und das Streichen der Bundeslizenzen dienen dazu, die schwerwiegenden sozialen und gesundheitlichen Folgen massiv einzudämmen. Mit dem Glücksspielpaket beschränken wir die Berührungspunkte zwischen Politik und Glücksspielunternehmen auf ein Minimum. Spenden, Sponsoring und Inserate von Glücksspielunternehmen an Parteien und politische Funktionärinnen und Funktionäre werden verboten. In den nächsten Wochen folgt ein weiterer, zentraler Schritt zu mehr Transparenz: Das Gesetz zur Parteienfinanzierung, mit dem die Strafen und die Berichtspflichten verschärft werden und dem Rechnungshof Einschau in die Parteikassen gewährt wird. Damit wird Österreich maßgeblich transparenter – und weniger korruptionsanfällig.

*Das Gesetz zur Informationsfreiheit bedeutet einen echten Paradigmenwechsel.*

## Schlechtes Zeugnis für die Korruptionsbekämpfung

Europarat rügt Österreich, Fiedler legt nach

**Transparenz.** Die Anti-Korruptions-Gruppe des Europarats (GRECO) hat Österreich gerügt. Nur zwei von 19 Empfehlungen zur Korruptionsbekämpfung seien seit 2016 umgesetzt worden, heißt es. GRECO fordert unter anderem konkretere Regeln für Österreichs Abgeordnete bei der Annahme von Geschenken und einen Verhaltenskodex. Ein Sprecher der Parlamtsdirektion wies daraufhin, dass sich zumindest diese beiden Forderungen bereits in der Umsetzung befinden.

Die GRECO-Kritik sei ernst zu nehmen, betont Franz Fiedler, Ehrenpräsident von Transparency International Österreich, gegenüber dem KURIER. Im Compliance-Bereich und im Strafrecht habe sich Österreich zwar verbessert, im Vergleich mit Skandinavien oder Deutschland gerate man aber „ins Hintertreffen“, so Fiedler: „Das moralische Bewusstsein ist in anderen Staaten stärker gestiegen, in Österreich werden Strafbestimmungen im Bereich Korruption nur schleppend verschärft.“

Zudem übt der Korruptionsexperte Kritik am neuen Gesetz zur Informationsfreiheit, das in Begutachtung liegt. Dieses schreibt vor, dass öffentliche Behörden wie Ministerien oder auch Kranken-



JEFF MANGIONE

**Laut Fiedler gerät Österreich zunehmend „ins Hintertreffen“**

kassen künftig Bürgeranfragen, die „im allgemeinen Interesse“ sind, beantworten müssen.

Fiedler kritisiert, dass die Beantwortungsfrist bis auf acht Wochen ausgedehnt werden kann, und es immer noch keinen „Informationsfreiheitsbeauftragten“ gibt, der Bürgern bei Anfragen „zur Hand geht“ und die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben kontrolliert. Das Amtsgeheimnis sei mit der neuen Regelung – anders als vielfach behauptet – jedenfalls nicht abgeschafft, betont Fiedler: „Man darf die Bürger nicht für dumm verkaufen.“

Zum Sponsoring von Konzernen wie Novomatic an Institutionen oder Vereine sagt Fiedler, dass diese gesetzlich kaum zu regulieren seien. Er wünscht sich mehr „moralisches Bewusstsein“ auf beiden Seiten: „Der Graubereich zwischen Sponsoring und Bestechung ist ein ganz fließender.“

M. HAMMERL

„Grünen Österreich“, 01.03.2021

## Wie stark arbeitet das Land Niederösterreich mit Novomatic AG zusammen

Die Redaktion - Umfassende Anfrage von Helga Krismer an LH Johanna Mikl-Leitner

Die Grünen Niederösterreich kämpfen seit 2006 gegen das Automatenglückspiel. Der Kampf hat den Grünen und vor allem Helga Krismer Klagen von der Novomatic AG eingebracht.

Die Grüne Landessprecherin kann sich noch gut an die Legalisierung der Automaten im Jahr 2006 erinnern: „Diese Gesetzeswerdung in Niederösterreich war einzigartig, indem ÖVP-nahe Beamte auf eigene Faust Bescheide ausstellten und dann kam die ÖVP als Feuerwehr und rief nach der Legalisierung. Fakt ist, dass die ÖVP Niederösterreich punktgenau Argumente aus dem Lobbying-Drehbuch von Peter Hochegger übernommen hat und die gesellschaftlichen Probleme der Spielsucht ignorierte. So hat die WKO NÖ unter Sonja Zwazl die Novomatic AG als Leitbetrieb 2007 positioniert, wie von Hochegger vorgeschlagen. Weitere Akteure in Niederösterreich seitens der ÖVP 2006 sind Johanna Mikl-Leitner, Alfred Riedl, Wolfgang Sobotka und Erwin Pröll. Fakt ist auch, dass die Novomatic AG und ihre Tochter Admiral seit 2006 vermehrt als Partnerin rund um die ÖVP und ihr nahestehenden Vereine aufscheint. Auch wenn es die ÖVP nicht so sieht, gilt: das Land Niederösterreich ist nicht die ÖVP. Viele BürgerInnen wollen kein Naheverhältnis mit Novomatic AG im öffentlichen Bereich des Landes wissen. Ich habe daher eine Anfrage an Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner gestellt, um endlich alle Fakten auf den Tisch zu legen“, so die Oppositionsführerin Helga Krismer.

Die Landeshauptfrau wird ersucht im Namen der gesamten Landesregierung zu beantworten, welche Einnahmen durch Inserate, welche Sponsoringverträge, welche Zuwendungen ohne Leistung und weiter Formen der Kooperation das Land bzw. Landesgesellschaften mit Novomatic AG bzw. ihren Töchtern seit 2006 getätigt hat.

„Wenn ein Unternehmen, so oft in Untersuchungsausschüssen, Videos und Medien negativ in Erscheinung tritt, dann muss Frau Landeshauptfrau eine Transparenzoffensive an den Tag legen. Die ÖVP würde sagen: zeigt doch alles her, wenn es nichts zu verbergen gibt“, schließt Helga Krismer.

„www.zackzack.at“, 01.03.2021

## Schallenberg findet mögliche Intervention normal

Gefragt zu den Novomatic-Blümel-Chats überraschte Schallenberg in einem Interview mit einer Einordnung, die nicht nur in Diplomatenkreisen Aufsehen erregt. Die Verharmlosung der möglichen Kurz-Einmischung in Italien dürfte jetzt politisch ein Nachspiel haben.



Wien, 01. März 2021 | Außenminister Alexander Schallenberg (ÖVP) empfindet eine mögliche politische Intervention seines Vorgängers Sebastian Kurz im Zuge der Novomatic-Blümel-Causa offenbar als normal. Das geht aus dem „Kurier“-Doppelinterview mit ihm und Erste Group-Chef Bernhard Spalt vom vergangenen Sonntag hervor. Gefragt wurden die beiden nach den SMS zwischen Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann und Parteifreund Gernot Blümel. Die regierungsnahе Zeitung wollte wissen, inwieweit es Aufgabe der heimischen Politik sei, „Unternehmen im Ausland zu helfen“.

### Wirft Staatsanwälten Kriminalisierung vor

Für Schallenberg zeuge die öffentliche Diskussion von einem „ungeheuren Grad an Weltfremdheit. Es ist Teil unserer Arbeit, auch für mich als Außenminister. Diese Arbeit infrage zu stellen oder gar zu kriminalisieren zeigt, dass hier bar jeglicher Realität debattiert wird.“ Im Interview verharmlost Schallenberg im Raum stehende Handlungen auch mit einem bemerkenswerten Vergleich: „Wenn man es konzise zu Ende denkt, dann dürfte ein Abgeordneter nicht mehr in seinen eigenen Wahlbezirk gehen, denn dort tut er auch nichts anderes, als den Problemen der Bürger zuzuhören.“

Ob Schallenberg auch denkt, dass die Ermittlungen gegen Finanzminister Blümel „bar jeglicher Realität“ sind? Immerhin geht es bei den Ermittlungen zentral um eine mögliche politische Einmischung auf höchster diplomatischer Ebene. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) vermutet, dass Neumann der ÖVP finanzielle Zuwendungen anbot und im Gegenzug politischen „Nachdruck“ des damaligen Außenministers Sebastian Kurz zur Lösung des Steuerproblems der Novomatic in Italien verlangte. Im Raum stehen 50 bis 60 Millionen Euro, die es zu begleichen galt. Für Neumann und Blümel, der laut WKStA als Mittelsmann zu Kurz fungieren sollte, gilt die Unschuldsvermutung. Auf ZackZack-Nachfrage wollte Schallenberg keine Stellungnahme abgeben.

### **Kritik aus eigenem Haus**

In seiner Belegschaft scheinen die Aussagen des Außenministers nicht gut anzukommen. Ein ranghoher Diplomat sagt gegenüber ZackZack: „Der Minister unterstellt der WKStA Kriminalisierung, wenn sie schlicht und einfach ihren Job macht.“ Der Justiz-Angriff des Ministers, der sonst gerne die globale Stärkung des Rechtsstaates hervorhebe, schade dem internationalen Ansehen Österreichs in der Welt.

Jede Regierung müsse zwar für sich selbst Standards der ökonomischen Interessenvertretung ausloten. Vorige Bundeskanzler oder Außenminister hätten sich allerdings jeden noch so geringen Ansatz in Richtung heikler Einmischungen verbeten.

### **NEOS stellen Anfrage, SPÖ fassungslos**

Auch in der Politik kamen die Aussagen Schallenbergers nicht gut an. NEOS-Außenpolitiksprecher Helmut Brandstätter bereitet deshalb eine parlamentarische Anfrage vor. Er will wissen: „Was ist für den Außenminister noch eine sinnvolle Unterstützung der heimischen Wirtschaft im Ausland und wo fängt die Illegalität an?“ Es sei Aufgabe von Unternehmen, Steuern zu zahlen. Dass das Außenministerium hier „als Steuerberater“ auftrete, sei eigentlich nicht vorgesehen. „Das Ministerium muss offenlegen, was damals wirklich gelaufen ist“, so Brandstätter gegenüber ZackZack.

Jörg Leichtfried, SPÖ-Klubvize und u.a. Bereichssprecher für die EU, zeigt sich fassungslos über die Äußerungen von Schallenberg: „Diese Aussage des Außenministers ist bezeichnend: Für die ÖVP ist es offenbar das normalste auf der Welt, dass man Konzernen dabei hilft, keine Steuern zu zahlen und sich so Millionen an Euro zu sparen, die den Staaten fehlen. Das ist Teil des Systems Kurz, der mit der Übernahme der ÖVP intensiv nach Großspendern für seine türkise Partei gesucht hat. Und diese Spender wollen womöglich irgendwann eine Gegenleistung. Ob es Gegenleistungen für Geldzuwendungen gegeben hat und es damit zu Amtsmissbrauch und Bestechung gekommen ist, scheint derzeit Gegenstand von Ermittlungen zu sein. Der Außenminister sollte sich nicht in Ermittlungen der Justiz einmischen.“

In einer Aussendung vom 24. Februar stellt das Außenministerium zwar klar, dass nach „umfassender Überprüfung“ kein Indiz für eine etwaige Einmischung des Außenministeriums für das Problem der Novomatic in Italien gefunden worden sei. Gleichzeitig hält man fest: „2017 gab es rund 2700 Unterstützungsleistungen des Außenministeriums und seines weltweiten Vertretungsnetzes für österreichische Unternehmen“ – ohne näher darauf einzugehen, um welche Leistungen es sich dabei handelte.

„www.orf.at“, 01.03.2021

## Blümel „froh über schnellen Termin“ bei WKStA

In den Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) zur Causa Blümel ist der Finanzminister am Freitag erstmals einvernommen worden. Auf die Frage eines Journalisten bei einer Pressekonferenz, wie die Befragung gelaufen sei, sagte Gernot Blümel (ÖVP) heute: „Ich bin froh, dass es zu einem schnellen Termin gekommen ist und dass ich die falschen Vorwürfe restlos ausgeräumt habe.“

Er hoffe, dass der Fall möglichst rasch aufgeklärt werde, so Blümel weiter. Welche falschen Vorwürfe er konkret ausgeräumt habe, wollte der Minister nicht näher als mit „die, die im Raum standen“ kommentieren.

Die WKStA ermittelt gegen den früheren Novomatic-Vorstand Harald Neumann und gegen Blümel wegen des Verdachts der Bestechung und Bestechlichkeit im Zusammenhang mit einem Spendenangebot des Glücksspielkonzerns an die ÖVP. Geprüft wird, ob ÖVP-geführte Ministerien der Novomatic im Gegenzug bei Steuerproblemen in Italien geholfen haben. Neumann und Blümel weisen die Vorwürfe zurück. Die ÖVP betont, keine Spende von Novomatic erhalten zu haben.

„www.automatenmarkt.de“, 01.03.2021

## Spielbank Berlin eröffnet am 1. Mai neuen Standort in der City West – die alte Filiale am Los-Angeles-Platz wird aufgegeben



Gerhard Wilhelm, Geschäftsführer der Spielbank Berlin.



Der neue Standort der Spielbank Berlin am Kurfürstendamm 31.

Am 1. Mai 2021 eröffnet die Spielbank Berlin einen neuen Hauptstadt-Standort in exponierter und exklusiver Lage am Kurfürstendamm 31, Ecke Uhlandstraße. Damit wird der bisherige Standort in der City West am Los-Angeles-Platz nach 37 Jahren aufgegeben und nur knapp 800 Meter weiter in dem Landmark-Gebäude an dem weltbekannten Boulevard neueröffnet.

Das neue Casino wird über eine Spielfläche von circa 1 000 Quadratmetern verfügen. Im Obergeschoss findet das sogenannte „Klassische Spiel“ an sechs Tischen (zwei American Roulette-Tische und jeweils zwei Baccara- und zwei Black Jack-Tische) statt. Hinzu kommen 40 TouchBet-Roulette-Stationen. Im Erdgeschoss befinden sich insgesamt 100 Spielautomaten (Slots). Ein vielfältiges gastronomisches Angebot rundet das Besucherlebnis in dem neuen Casino ab.

### **Vier Standorte und mehr als 600 000 Gäste**

„Die Spielbank Berlin und der weltberühmte Kurfürstendamm gehören einfach zusammen“, so Gerhard Wilhelm, Geschäftsführer der Spielbank Berlin. „Unweit des ersten und bis 1998 betriebenen ehemaligen Hauptstadtstandorts im Europa-Center befindet sich das neue Casino in bester Lage und Nachbarschaft, nimmt die elegante Umgebung auf und bietet ein großstädtisches Spielerlebnis der Extraklasse. Unser Angebot in der Hauptstadt wird damit noch einmal deutlich attraktiver gestaltet.“

Insgesamt verfügt die Spielbank Berlin in der Hauptstadt über vier Standorte, die über die ganze Stadt verteilt sind: Am Potsdamer Platz, am Alexanderplatz, an der Ellipse Spandau und nun auch am Kurfürstendamm. Mit insgesamt jährlich rund 600 000 Gästen.

### **Arbeitsplätze für die rund 550 Mitarbeiter gesichert**

Noch gilt der Eröffnungstermin wegen der geltenden Corona-Einschränkungen unter Vorbehalt. Die Standorte der Spielbank Berlin sind auf Grundlage der Sars-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung seit Anfang November 2020 derzeit geschlossen. Zuvor erfolgte bereits eine dreimonatige Aussetzung des Spielbetriebs im Rahmen des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020.

„Die Maßnahmen gegen Corona haben auch die Spielbank Berlin hart getroffen“, so Gerhard Wilhelm. „Wir alle gemeinsam – das gilt für die Gesellschaft im Allgemeinen und auch für die Belegschaft der Spielbank Berlin – müssen diese Herausforderung gemeinsam überstehen. Ich freue

mich jedoch, dass es uns gelungen ist, die Arbeitsplätze für unsere mehr als 550 Mitarbeiter und damit die Zukunft der Spielbank in dieser schwierigen Zeit zu sichern.“

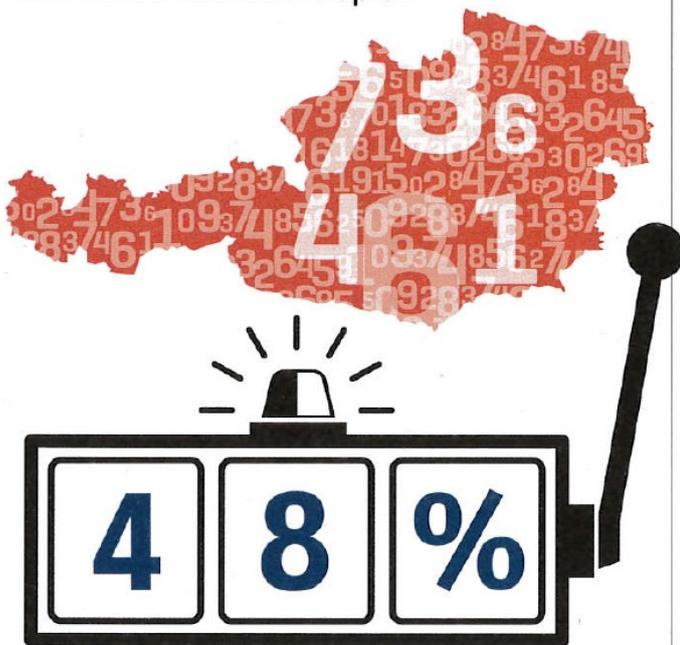
### **Gesundheitsschutz hat oberste Priorität**

Für die Neueröffnung nach dem Lockdown hat die Spielbank Berlin ihr umfassendes Hygiene- und Sicherheitskonzept weiterentwickelt. Dieses berücksichtigt den Sars-Cov-2-Arbeitsschutzstandard des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und wurde in enger Abstimmung mit der zuständigen Fachkraft für Arbeitssicherheit sowie dem Betriebsarzt fortgeschrieben.

„Der Gesundheitsschutz für unsere Gäste und Mitarbeiter hat selbstverständlich oberste Priorität“, so Gerhard Wilhelm. „Mit unserem Hygiene- und Sicherheitskonzept können wir einen sicheren Spielbetrieb und eine corona-konforme Neueröffnung des Standorts am Kurfürstendamm gewährleisten.“

# Land der Spieler

Fast die Hälfte der Österreicher beteiligt sich an Glücksspielen und setzt dabei 19 Milliarden Euro aufs Spiel.



spielen zumindest einmal pro Jahr ein Glücksspiel

Quelle: Österreichische Repräsentativhebung zu suchtrelevantem Verhalten (2020)

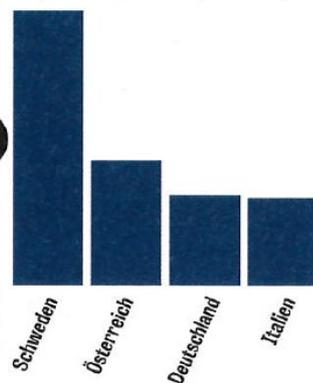
## Anzahl Glücksspielautomaten

Offizielle **7.281**  
 Illegale **2.200\***

Quelle: BMF, Österreichische Vereinigung für Wetten und Glücksspiel (OVWG)  
 \*Schätzung für 2016

## Online-Anteil bei Glücksspielen

58,5% 26,6% 19,2% 18,6%



Quelle: H2 Gambling Capital

# 89%

stimmen der Altersbeschränkung „Teilnahme ab 18 Jahren“ zu

Quelle: Institut für interdisziplinäre Sucht- und Drogenforschung

Anzahl der bei den Casinos Austria aktivierten Selbstsperrern von Spielsüchtigen 2019:

# 2.542

Quelle: Casinos Austria AG

Glücksspiel-Verwaltungsstrafen (2018)

# 22.750.680 €

Davon konnten eingebracht werden:

# 2,68%

Quelle: BMF

Wett- und Spieleinsätze  
 19 Mrd. Euro\*

Ausgaben für Lebensmittel  
 17,8 Mrd. Euro\*

Quelle: Branchenradar 2020, Statistik Austria,  
 \*) im Jahr 2019

## Glücksspiel seit Ausbruch der Corona-Pandemie (Umfrage):

„spiele weniger“ **54%**  
 „unverändert“ **42%**  
 „spiele mehr“ **4%**

Quelle: Österreichische Repräsentativhebung zu suchtrelevantem Verhalten (2020)

## Glücksspielmarkt Österreich 2019 (in Mio. Euro)

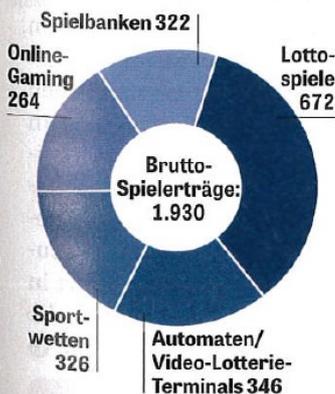
Wett- und Spieleinsätze  
 19.000

Ausbezahlte Gewinne  
 17.070

Brutto-Spielerträge  
 1.930

Quelle: Branchenradar 2020

## Brutto-Spielertrag in Millionen Euro 2019



Quelle: Branchenradar 2020

## Lotto-Statistik seit 1986:

Höchster Lotto-Gewinn in Österreich **14.926.157€**  
 (21.11.2018 in NÖ, bisher einziger Siebenfachjackpot)

Millionäre **1.042**  
 Sechser **3.084**  
 Fünfer mit Zusatzzahl **17.485**  
 Fünfer **694.563**

Häufigste Gewinnzahl: **43** (449x)  
 Seltenste Gewinnzahl: **2** (365x)

Meiste Sechser bei einer Ziehung: **23**  
 (am 21.05.1989)

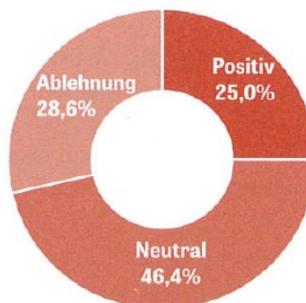
Quelle: www.Brichtige.at

## Steueraufkommen 2019 in Millionen Euro

Tabak **1.891,0**  
 Wett-, Spiel- und Lotterie **385,4**  
 Alkohol **153,8**  
 Bier **189,6**

Quelle: Statistik Austria

## Meinung zu Glücksspiel



Quelle: Institut für interdisziplinäre Sucht- und Drogenforschung

# 1,1%

aller Österreicher von 14 bis 65 Jahren zeigen ein problematisches oder pathologisches Spielerverhalten

Quelle: Institut für interdisziplinäre Sucht- und Drogenforschung